

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Juni 1930

Rückzug auf Rückzug.

Das Auswärtige Amt und Moskau.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Am 16. Juni tritt in Moskau ein deutsch-russischer Schlichtungsausschuss zusammen.

Diese Nachricht ist, so harmlos sie auch klingen mag, von grosser politischer Bedeutung und bezeichnend für die lendenlahme Politik, die vom Auswärtigen Amt Russland gegenüber nun schon seit Jahren betrieben wird. Als diese Politik die Moskauer Bolschewisten in den letzten Monaten zu immer neuen Frechheiten ermunterte, ohne dass sich das Auswärtige Amt auch nur rührte, brach in der gesamten deutschen Presse ein Proteststurm los. Von links bis rechts wurden Vorstellungen in Moskau gefordert. Man verlangte, dass den fortgesetzten Einmischungen der bolschewistischen Machthaber in innerpolitische deutsche Verhältnisse endlich Einhalt geboten würde und die zurzeit noch gültigen deutsch-russischen Wirtschaftsverträge in bestimmter Richtung einer Revision unterzogen würden.

Unter dem Druck der deutschen Öffentlichkeit hat sich der Reichsaussenminister seinerzeit veranlasst gesehen, in der Berliner Sowjetbotschaft namens der Regierung Müller bestimmte Vorstellungen zu erheben. Er ersuchte um Verhandlungen mit dem Ziel einer Bereinigung der politischen Differenzpunkte und einer Klärung der wirtschaftlichen Streitfragen. Ehe man über die wirtschaftlichen Fragen sprechen wollte, sollten die politischen Differenzpunkte bereinigt werden. Wochenlang hat man dann hin- und herverhandelt. Fast ein Dutzend Besprechungen wurden über die politischen Streitpunkte geführt. So oft man zusammen kam, so oft ging man ergebnislos auseinander. Immer wieder war Krestinski angeblich nicht im Besitz ausreichender Vollmachten, um die von Deutschland "erbetenen" bindenden politischen Erklärungen abgeben zu können. Es war ganz offensichtlich, dass man auf russischer Seite gar nicht an bestimmte Zusagen dachte. Als endlich auch das Auswärtige Amt die Zwecklosigkeit der Berliner Verhandlungen einsah, kam man auf die Idee, die Besprechungen in Moskau weiterführen zu lassen.

Der deutsche Botschafter in Moskau wurde zum Empfang besonderer Instruktionen nach Berlin gebeten. Er kam, besuchte Herrn Curtius und wurde mit zahlreichen Herren des Auswärtigen Amtes in der Russischen Botschaft in Berlin herzlich gefeiert. Dann reiste er nach Moskau zurück, um - wie es hiess - die in Berlin eingeleiteten Verhandlungen bald abzuschliessen. Tatsächlich hoffte man im Auswärtigen Amt, dass es gelingen würde, bis Ende April mit den Bolschewisten sozusagen zu Rande zu kommen. Man hoffte, weil man es wünschte, und man wünschte es dringend, um Curtius anlässlich der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes im Hauptausschuss Gelegenheit zu Erklärungen über die deutsch-russischen Beziehungen zu geben. Aus diesen Erklärungen ist ebenfalls nichts geworden.

Inzwischen sind weitere vier Wochen ins Land gegangen, ohne dass bei den Moskauer Verhandlungen über die politischen Streitfragen bis jetzt etwas Positives und für Deutschland Zufriedenstellendes herausgekommen wäre. Nicht weil der deutsche Unterhändler, Botschafter von Dirksen, nicht der richtige Mann am richtigen

Platze wäre. Er hat u.W. alles versucht, um die von den Russen geforderten Zusagen zu erhalten. Vielleicht hat er des Guten sogar etwas zuviel getan. Aber die Bolschewisten denken ja gar nicht daran, Deutschland auch nur irgend einen I-Punkt mehr zuzusagen als sie unbedingt müssen, und da sie nicht müssen, da sie auf Grund der Vergangenheit überzeugt sind, dass das Auswärtige Amt bis auf weiteres niemals mit Methoden zu arbeiten beabsichtigt, wie sie gegenüber Bolschewisten vom Moskauer Schläge angebracht sind, nehmen sie Drohungen und Forderungen von deutscher Seite nicht besonders tragisch. In dieser Auffassung hat man Moskau jetzt aufs neue bestärkt, indem man entgegen allen anfänglichen Versicherungen und entgegen allen bisher gehegten Absichten den Schlichtungsausschuss zusammentreten lässt, ohne vorher die politischen Streitpunkte ernsthaft bereinigt zu haben. Wiederum haben die Russen durchgesetzt, was sie wollten. Sie haben die politischen Verhandlungen solange sabotiert, bis das Auswärtige Amt die Nerven verloren und zunächst klein beigegeben hat, statt auf die seit Monaten geforderten politischen Zusagen endlich zu bestehen. Die politischen Verhandlungen treten jetzt in den Hintergrund, in den Vordergrund rücken die wirtschaftlichen Erörterungen. Im Auswärtigen Amt hofft man unterdessen weiter. Nur scheinen die Herren selbst nicht zu wissen, worauf sie hoffen!

Wielange soll diese Politik der ewigen Rückzüge noch fortgesetzt werden? Wielange soll in Deutschland, wie überall in der Welt, noch der Eindruck aufrecht erhalten bleiben, als ob sich die Russen uns gegenüber alles erlauben dürfen? Wir wünschen weder eine Bluff- noch Prestigepolitik, aber was wir wünschen und was der gesamten Öffentlichkeit seinerzeit notwendig erschien und noch notwendig erscheint, ist eine Vertretung der deutschen Interessen in einem Deutschland würdigen Sinne. Aber das ist angesichts der Ueberheblichkeit der Bolschewisten und ihrer Anmassung nur möglich, wenn mit dem bisherigen willenslosen Kurs des Auswärtigen Amtes gegenüber Russland endlich gebrochen wird.

SPD. Zürich, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf Einladung der sozialistischen Studentenschaft Zürich soll Reichsinnenminister a.D. Carl Severing am 18. Juni in Zürich über das Thema: "Parteien und Parteibindungen in Deutschland" sprechen. Das Züricher Kommunistenblatt "Kämpfer" kündigt dazu an, dass die Kommunisten den Vortrag "besuchen" werden. Demgegenüber stellt das sozialdemokratische "Volksrecht" fest, dass die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft Zürichs auf der Hut sein und allen Störungsversuchen mit rücksichtsloser Entschlossenheit entgentreten werde.

SPD. Das Verbot des Tragens der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei durch den preussischen Innenminister war schon seit langer Zeit zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden. Wir hätten deshalb gewünscht, dass es schon vor Wochen ausgesprochen worden wäre.

In dem Erlass des preussischen Innenministers wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zum Tragen der Uniform auch alle Gegenstände gerechnet werden, die die Zugehörigkeit zu den Unterorganisationen der NSDAP, also der Sturmabteilungen (SA), Schutzstaffeln (SS) usw. kennzeichnen. Was sind nun diese Sturmabteilungen? Von den Nationalsozialisten wird immer behauptet, dass diese Abteilungen und Schutzstaffeln nichts anderes sind als Sportabteilungen. In Wirklichkeit sind diese Staffeln, wie sie von den Nationalsozialisten genannt werden, eine festgefügte Kampftruppe, die das Rückgrat der Nationalsozialistischen Partei bilden. Die sogenannten Sportabteilungen - richtiger Sturmabteilungen, die mit Sport überhaupt nichts zu tun haben - sind seit dem Herbst 1926 planmässig von Hitler organisiert. Im Bereich jeder Ortsgruppe sind die besonders zuverlässigen und geeigneten Nationalsozialisten in den Sturmabteilungen zusammengefasst, unter eigenen, dem lokalen Parteifunktionären gegenüber selbständigen Führern. Alle Sturmabteilungen unterstehen der Befehlsgewalt des obersten SA-Führers in München, der zurzeit Hauptmann

von Pfeffer ist. Dieser oberste Führer ist allein Hitler verantwortlich. Die Gliederung der Sturmabteilungen ist selbstverständlich straff militärisch. Die unterste Einheit ist die Gruppe, dann kommt der Trupp, mehrere Trupps bilden den Sturm, mehrere Stürme eine Standardde und sämtliche Standarden eines Gaues den Gausturm. Bei besonders grossen Gauen werden die Gaustürme in Brigaden zusammengefasst. Deutschland ist im Augenblick in fünf sogenannte Oberbezirke für die Sturmabteilungen eingeteilt. Jeder dieser Oberbezirke umfasst mehrere Gaustürme. Die fünf Führer der Oberbezirke sind alles ehemalige aktive Offiziere. Unter ihnen befindet sich der sattsam bekannte Hauptmann a.D. Stemmer in Berlin. In Dresden ist Kapitänleutnant a.D. Killinger der Führer, in Hannover ein Major a.D. Dinklage.

Die friedlichen Ziele der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gehen u.a. auch daraus hervor, dass jeder Sturm zwei ausgebildete Sanitäter haben muss, die innerhalb der Standardde wieder eine besondere Sanitätsabteilung bilden. Die militärische Disziplin entspricht der militärischen Gliederung der Sturmabteilungen. Die Mitglieder der Sturmabteilungen, die natürlich alle Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind, müssen eine besondere Erklärung abgeben, in der sie tadellose Disziplin versprechen, d.h. unbedingten Gehorsam gegenüber ihren Führern. Dass dieser Gehorsam die fanatische Verteidigung des nationalsozialistischen Umsturzprogramms verspricht, dass jeder SA-Mann sich urteilslos der Führung unterwirft, ist eine Selbstverständlichkeit, die in Aeusserungen gerade der verantwortlichen Führer der NSDAP immer wieder erhärtet wird.

Neben der Sonderorganisation der Sturmabteilungen besteht noch eine zweite, die der Schutzstaffeln (SS). Sie werden in allen Ortsgruppen aus den besten und zuverlässigsten Parteimitgliedern gebildet. Sie stehen miteinander in Verbindung und sind ebenfalls organisatorisch unter einer Oberleitung in München zusammengefasst. Ihre Aufgabe ist der Versammlungsschutz, die Werbung von neuen Mitgliedern und für den Fall von Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern die Abwehr. Ausserdem haben sie den besonderen Schutz des Parteiführers Hitler zu stellen. Auch die SS sind ähnlich straff militärisch gegliedert wie die SA und sind ebenfalls im Bereich ihrer organisatorischen Aufgaben dem örtlichen Parteileiter gegenüber unabhängig. Die Uniform der SS-Mitglieder ist schwarz. Bedingung für den Beitritt zu den Schutzstaffeln ist ein Alter von 23 bis 35 Jahren, eine Mindestgrösse von 1,70 Metern und mindestens einjährige Parteizugehörigkeit sowie die Bürgerschaft zwei weiterer Parteimitglieder. Ganz bewusst sollen die Schutzstaffeln eine Elite-Abteilung der NSDAP darstellen und eine Art parteiliche Geheimpolizei bilden. Sie müssen ebenfalls unbedingt gehorchen und unverbrüchlich schweigen können. Das unbedingte Schweigen über alle Vorgänge innerhalb der Organisation ist eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme in die Staffeln. Schon deshalb werden in die Schutzstaffeln überhaupt nur Leute aufgenommen, von denen man erwartet, dass sie ihr Leben lang Nationalsozialisten bleiben. Dem Wesen dieser ganzen straffen Organisation der Schutzstaffeln entspricht es, dass fast alle führenden Stellen mit ehemaligen aktiven Offizieren besetzt sind, dass genaue Mitgliederverzeichnisse mit einer Art Stammtafel und Erkennungsworten geführt werden.

Dass die NSDAP zur Erreichung ihrer staatsfeindlichen Ziele sich in erster Linie ihrer Kampftruppen, eben dieser Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, bedienen will, hat sie in zahlreichen öffentlichen und internen Kundgebungen vertrat. In den nationalsozialistischen Briefen, die Gregor Strasser herausgibt, hat es noch in letzter Zeit immer wieder geheissen, dass der Terror, den angeblich die anderen politischen Parteien gegen die Nationalsozialisten ausüben, nur mit dem gleichen Terror niedergezwungen werden könne. In diesen Briefen wird ferner immer wieder betont, dass die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln die Polizei der NSDAP zu bilden und sich völlig auf diese Aufgabe einzustellen haben. Zur Beobachtung der politischen Gegner sorgt ein besonders gebildeter Nachrichtendienst. Die Sprengung gegnerischer Veranstaltungen ist sein Ziel. Immer wieder heisst es, "solange es nicht anders geht, füge dich der Staatsgewalt, tröste dich, später rechnen wir ab." Zwar ist die Leitung der NSDAP vorsichtig und be-

zeichnet alle solche Auslassungen häufig auch in den "Nationalsozialistischen Briefen" als unverbindliches Diskussionsmaterial, weil sie ganz genau weiss, dass solche Anweisungen unter Umständen von den Gerichten und dem Staatsgerichtshof als gegen die Verfassung verstossend bezeichnet werden und somit Anlass er könnten, die NSDAP zu verbieten. Diese Vorsichtsmassregeln werden auch stets in den offiziellen Kundgebungen der nationalsozialistischen Parteileitung beobachtet, die es peinlichst vermeidet, Ausdrücke zu gebrauchen und Befehle zu geben, deren Inhalt als Aufforderung zum Verstoss gegen bestehende Gesetze gedeutet werden könnten.

Nichtsdestoweniger ist es eindeutig und klar, dass die Sturmabteilungen den Grundstock einer nationalsozialistischen umstürzlerischen Armee darstellen und darstellen sollen. Der oberste Führer der Sturmabteilungen, Pfeffer, hat schriftlich wie mündlich immer wieder geäussert, dass die Sturmabteilungen den Keim zu der künftigen Wehrmacht einer nationalsozialistischen Deutschland bilden, dass die Sturmabteilungen sein müssten der Ausdruck des Machtwillens der politischen nationalsozialistischen Bewegung. Im Sinne der SA-Formationen müsse, so führte Pfeffer wiederholt aus, jedes Polizeiverbot, jede ernsthafte polizeiliche Schikane wirkungslos abprallen, denn ihr Zweck und ihre Aufgabe sei der Kampf um die Macht im Staate, der Kampf um den Staat selbst. Die "braunen Hemden" sollen diesen Kampf mit allen Mitteln führen, so wollen es die Führer, so sprechen sie sich in aller Deutlichkeit in Rundschreiben aus, die beispielsweise bei den nationalsozialistischen deutschen Studentengruppen auf den Universitäten kursieren. Selbstverständlich werden in den Sturmabteilungen auch die Mitglieder, zumindestens die Unterführer, in militärischen Operationen und im Gebrauch von Militärwaffen ausgebildet. Trotz aller Ablehnungen der Leitung der NSDAP ist erwiesen, dass solche Ausbildungskurse gehalten worden sind, damit die Sturmabteilungen für den angestrebten gualtsamen Umsturz auch militärisch vorbereitet werden. Zu diesem Zwecke versuchen die Nationalsozialisten ja auch die Machtmittel des Staates, Reichswehr und Polizei, für sich zu gewinnen und vor allen Dingen mit jüngeren Offizieren der Reichswehr in enge Verbindung zu treten. Die letzten Vorgänge in Süddeutschland (Ulm) sind dafür bezeichnend. Dass Zellen innerhalb der Reichswehr und Schutzpolizei aufgebaut werden oder immer wieder der Versuch dazu gemacht wird, ist ebenfalls bekannt. Hitler hat democh auch in letzter Zeit wiederholt erklärt, dass seine Partei jeden ungesetzlichen Weg verschmähe. Mit diesen Auslassungen wird jedoch nur der Zweck verfolgt, ein behördliches Verbot zu vermeiden. Denn ein solches Verbot der Nationalsozialistischen Partei würde naturgemäss die gesamte Bewegung hemmen, zumal ein illegales Fortbestehen gerade die Werbung nach aussen fast unmöglich machen würde.

Aus alledem geht hervor, wie berechtigt und zugleich notwendig scharfe Massnahmen der verantwortlichen Amtstellen gegen die nationalsozialistische Umsturz bewegung sind und wie notwendig es war, dass Preussen mit der Offensive gegen die Rechtsputschisten begann.

SPD. Schweidnitz, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem Schweidnitzer Prozess gegen die Nationalsozialisten war am Donnerstag grosser Tag. Hitler und Hauptmann Pfeffer, der Reichsleiter des SA, waren als Zeugen anwesend. Aus der Umgegend von Schweidnitz kamen schon in den frühen Morgenstunden uniformierte Nationalsozialisten, um ihren Führer zu begrüssen. Gröhlend zogen sie durch die Strassen und berauschten sich an der verschandelten Internationalen mit dem Refrain: "Der Nationalsozialismus erkämpft das Menschenrecht". Vor dem Gericht bildeten die Nationalsozialisten Spalier.

Um 9 Uhr erschien Hitler mit seinem Generalstab, von seinen Anhängern fanatisch begrüsst. Hitler tritt vor den Richtertisch mit dem aus Italien importierten Faschistengruss. Der Vorsitzende verbittet sich diesen Gruss. Dann stellt er an Hitler mehrere Fragen: 1) Besteht ein Verbot für Nationalsozialisten, in generischen Versammlungen Waffen zu tragen? Hitler: Jawohl, einem Nationalsozialisten ist das Tragen von Waffen verboten. Rücksichtslos wird aus der Partei aus-

geschlossen, wer gegen dieses Verbot verstösst. "Schweren Herzens habe ich mich dazu entschlossen", meint Hitler. Der Vorsitzende verliest darauf einen Sturm-befehl des Sturmes 13, in dem es zum Schluss heisst: "Es wird empfohlen, (den Nationalsozialisten) Stöcke mitzunehmen." Hitler erklärt, dass dieser Befehl nicht dem Geiste der SA entspreche. Zweite Frage des Vorsitzenden: Welche Stellung nimmt der Frauenorden vom Roten Hakenkreuz in der nationalsozialistischen Organisation ein? Hitler: Der Frauenorden ist eine selbsttätige Organisation, die vollkommen unabhängig von der Nationalsozialistischen Partei ist und nur lose der Reichsleitung untersteht. Kein Führer hat das Recht, den Frauenorden zur Hilfeleistung anzufordern. Der Vorsitzende verliest daraufhin aus dem Sturm-befehl 13 den Befehl des Sturmführers Noack, der besagt: "Ferner fordere ich in Freiburg 2 Schwestern, die sich den vier Schwestern von Waldenburg anschliessen. Schwestern nennen sich die Mitglieder des Frauenordens vom Roten Hakenkreuz. Hitler verneint die Zuständigkeit des Sturmführers. Tatsache aber bleibt, dass in der Schweidnitzer Versammlungsschlacht mehrere Schwestern vom Roten Hakenkreuz als Samariterinnen anwesend waren und sich betätigt haben. "Wer bezahlt die Lastautos für die Fahrten der SA", fragte der Vorsitzende weiter. Die Bezahlung erfolgt - so erklärte Hitler - von den SA-Leuten selbst, nur zuweilen werden kleine Zuschüsse von Ortsgruppen oder Kameraden geleistet. Hitler wird dann rührselig, sentimental: Zwei SA-Leute hätten sich zum Reichsparteitag der NSDAP Blut abzapfen lassen um 50 Mark, um an dem Reichsparteitag teilnehmen zu können. Hitler sagt das unter Eid aus. Wer glaubt es?

Der Zeuge Hauptmann von Pfeffer, Reichsleiter der SA, ein typischer Vertreter der brotlos gewordenen Offizierskaste, die nach neuer Macht strebt, hinterlässt den unglücklichsten Eindruck. Mit schnoddrigen Bemerkungen will er alles abtun. Es folgt dann noch die Vernehmung der Zeugen Parteisekretär Hoppe und des Reichsbannerführers Brath. Hoppe spricht unter spannender Aufmerksamkeit des Gerichts. Er kennzeichnet die Atmosphäre, die von den Nationalsozialisten geschaffen wurde, bevor es zu den Vorkommnissen im Schweidnitzer Volksgarten kam. Wahnsinnige Verhetzung der Jugendlichen, übersteigertes Selbstbewusstsein wird von den verantwortlichen Leitern der NSDAP genährt durch Beschimpfung der SPD und des Reichsbanners als Feiglinge, Lumpen und Verräter. In diesem Zusammenhang verliest Hoppe einen Versammlungsaufwurf der Nationalsozialisten, in dem die politischen Gegner aufgefordert werden, in der Diskussion zu sprechen und den heiteren Teil des Abends zu bestreiten. Dem Eindruck seiner Ausführungen kann sich das Gericht nicht verschliessen. Der sonst so pöbelhaft, freche nationalsozialistische Verteidiger Frank versucht kaum einzugreifen. Es wird deutlich: die moralische Schuld der nationalsozialistischen Führer an den Vorgängen im Volksgarten wird mehr und mehr erhärtet. Der Beweis für die absichtliche Sprengung der Versammlung wird durch Zeugenaussagen folgen, die etwa noch drei Wochen andauern werden.

SPD. Das Reichskabinett befasst sich am Freitag mit mehreren neuen Gesetz-entwürfen des Reichsverkehrsministers, die u.a. die Schaffung eines Luftverkehrs- amtes, eines Reichsamtes für Wasserstrassen und eines solchen für das Reichsverkehrswesen vorsehen. Die Verwirklichung dieser Gesetze ist gleichbedeutend mit der Schaffung grosser neuer Behörden.

Wir fragen: Wie vertragen sich die Gesetzentwürfe mit der Sparwut der Regierung?

SPD, Weimar, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Entscheidung des vierten Strafsenats des Reichsgerichts zum Verbot der sozialdemokratischen "Eisenacher Volkszeitung" liegt jetzt im Wortlaut vor. In der Begründung wird zunächst der Zeitungsartikel angeführt, auf den Wick sein Verbot stützt. Dann sagt das Reichsgericht:

"Das Gesetz zum Schutze der Republik will lediglich den Fall treffen, in dem die Beschimpfung und Verleumdung eines Ministers das Mittel bildet, zugleich die republikanische Staatsform eines Landes herabzuwürdigen. Dass die Absicht, die republikanische Staatsform herabzuwürdigen, vorliegt, muss, wenn es sich um einen Zeitungsartikel handelt, entweder aus diesem selbst hervorgehen oder durch besondere, zu dem Artikel in Beziehung stehende Umstände dargetan werden.

Der hier in Frage kommende Artikel richtet sich, was seinen Wortlaut und seinen Sinn zweifelsfrei ergibt, lediglich gegen den Minister Frick persönlich. Der Minister Frick wird als Putschist bezeichnet und als "Heimkrieger". Grosse Verlogenheit wird ihm vorgeworfen. An die beleidigenden Unterschriften werden sachliche Mitteilungen angeschlossen, die erkennen lassen, dass sich die gesamten Ausführungen lediglich gegen den Minister Frick persönlich richten, mit dessen politischen Massnahmen die verbotene Zeitung offenbar nicht einverstanden ist. Die Absicht, die verfassungsmässig festgestellte republikanische Staatsform des Landes Thüringen herabzuwürdigen, noch weniger die Verwirklichung solcher Absicht ist aus dem Artikel in keiner Weise zu erkennen. Es ist aber nicht anständig, in einer wenn selbst strafbaren Kritik eines Ministers die Absicht, die Staatsform herabzuwürdigen, ohne weiteres zu unterstellen. Ein solches Verfahren könnte, wie der erkennende Senat in dem bereits erwähnten Beschluss vom 10. April 1929 ausgeführt hat, dazu führen, jede oppositionelle Kritisierung eines einzelnen missliebigen Ministers einzuschränken oder gar unmöglich zu machen, ein Ergebnis, das von der Reichsverfassung in keiner Weise gebilligt wird.

Hiernach war das Verbot aufzuheben, ohne dass es einer mündlichen Verhandlung bedurft hätte. Die Kosten des Verfahrens werden dem Freistaat Thüringen auferlegt."

SPD. Der Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat den vor wenigen Tagen an ihn ergangenen Hilferuf der thüringischen Juden mit einem kurz gehaltenen Schreiben beantwortet. Darin bittet Wirth die Thüringer Juden, ihm Einzelheiten darüber mitzuteilen, inwiefern sie von Herrn Frick in ihren staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt würden. Angesichts der Begründung, die Frick den Hassgebeten im Thüringischen Landtag gegeben hat, mutet das Ersuchen des Herrn Wirth sehr merkwürdig an. Oder hat er nichts von der Feststellung Fricks gehört, dass mit seinen Gebeten in erster Linie die Juden getroffen werden sollen? Was ist das andere, als dass Herr Frick als Minister antisemitische Politik treibt?

SPD, Frankfurt a.M., 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Opelwerke in Rüsselsheim haben ihrem Betriebsrat mitgeteilt, dass die wirtschaftliche Lage weitere sehr umfangreiche Arbeiterentlassungen notwendig mache. Ein grosser Teil der Belegschaft ist bereits im Mai entlassen worden.

Der angekündigte Abbau ist umso auffälliger, als die Werke noch vor wenigen Wochen den Geschäftsgang als durchaus befriedigend bezeichnet haben und von einer stark gestiegenen Produktion berichteten. Die Opelwerke haben in der letzten Zeit einen neuen Autotyp herausgebracht und das mit einer sehr lauten Reklame bekanntgegeben. Der Betriebsrat, dessen Mehrheit den freien Gewerkschaften angehört, hat sich wegen der angekündigten Abbaumassnahmen mit einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen von Hessen und Preussen gewandt und unter dem Hinweis darauf, dass ganze Dörfer aus der Umgebung von Rüsselsheim durch die Entlassungen wirtschaftlich in geradezu katastrophaler Weise betroffen werden, um Intervention gebeten. Die wirtschaftliche Lage hat sich auch für den Rest der Belegschaft, die nur Kurzarbeit verrichten soll, wesentlich verschlechtert.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun hat in einer seiner letzten Landtagsreden die Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Falle der Volksbegehrensklage der deutschnationalen Landtagsfraktion scharf kritisiert. Er hat dem Staatsgerichtshof u. a. vorgeworfen, dass er mit dieser Entscheidung nach der Ansicht des Ministerpräsidenten über seine Zuständigkeit hinausgegangen sei. Weiter hatte der Ministerpräsident erklärt, man könne sich der Vermutung nicht ganz entschlagen, dass der Staatsgerichtshof sich bei dieser Entscheidung mehr von dem Gesichtspunkt politischer Zweckmässigkeit als vom Rechtsstandpunkt hat leiten lassen, insbesondere, dass er sich hierbei nicht in den Grenzen seiner Zuständigkeit gehalten hat. Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags hatte in diesen Ausführungen eine Erschütterung des Ansehens der Justiz und ihrer Organe gesehen und in einer im Preussischen Landtag eingebrachten kleinen Anfrage das Staatsministerium um Auskunft darüber ersucht, ob es die Ausführungen des Ministerpräsidenten in seiner Gesamtheit billige. Ministerpräsident Braun teilt in seiner Antwort mit, dass das Staatsministerium keinen Anlass sehe, zu der Angelegenheit nochmals Stellung zu nehmen, da sie bei der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums im Landtag erschöpfend behandelt worden sei.

SPD, Paris, 12. Juni (Eig. Drahtber.)

Die Kammer hat am Donnerstag den Beitritt Frankreichs zur internationalen Schiedsgerichtsklausel mit 567 gegen 13 Stimmen angenommen.

Die Regierung hat inzwischen die meisten Vorbehalte, die sie an die Ratifikation knüpfte, und die von der aussenpolitischen Kommission energisch bekämpft worden waren, fallen gelassen. So wollte die französische Regierung sich das Recht vorbehalten, alle Streitigkeiten, die aufgrund von Sonderabmachungen, die Frankreich mit den einzelnen Staaten abgeschlossen hat oder in Zukunft abschliessen wird, geregelt werden können, der Kompetenz des Haager Schiedsgerichts zu entziehen. Diese Reserve fehlt im neuen Entwurf und wird auf die Formel beschränkt, dass alle internationalen Verträge respektiert werden sollen. Desgleichen lässt die Regierung die Forderung fallen, dass alle die Streitigkeiten, die die souveränen Rechte des Staates und seine nationale Sicherheit betreffen, von der Zwangsschiedsgerichtsbarkeit ausgenommen werden sollen. Diese Forderung wird jetzt durch den Passus ersetzt, dass der internationale Schiedsgerichtshof selbst über die eigene Kompetenz zur Beurteilung des Falles zu entscheiden haben wird.

Im Verlauf der Debatte beglückwünschte der Sozialist Grumbach Frankreich dazu, dass es die erste Grossmacht sei, die den Vertrag unterzeichnet und damit einen Schritt weiter zur Befestigung des internationalen Friedens tue - einen Schritt, den die Sozialisten von Herzen begrüsst, da er eine ihrer ältesten Forderungen und eine Lieblingsidee Jean Jaurés verwirkliche. Die Kommunisten taten sehr unrecht daran, diesen Akt, der eine Vorbereitung des Briand'schen Planes zur Reorganisation Europas darstellte, ins lächerliche zu ziehen und als Bluff zu bezeichnen. Denn gerade dadurch, dass Frankreich den Pakt ohne Reservén unterzeichnet habe, sei der Beweis erbracht, wie ernst es damit sei.

Der radikale Abg. Cot unterstrich in Uebereinstimmung mit Grumbach den Umstand, dass durch die Unterzeichnung der Schiedsgerichtsbarkeitsklausel Frankreich auf einen Teil seiner Souveranität verzichte. Der ehemalige Ministerpräsident Herriot betonte, dass die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nur einen Schritt auf dem Wege zum Frieden darstelle, der aber allein zur Sicherung des Friedens nicht genüge. Das Genfer Protokoll sehe drei Postulate vor: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Doch könne Frankreich solange nicht abrüsten, als seine Sicherheit nicht garantiert sei. Ebenso sei der Plan Briands untrennbar an die Forderung nach vorherigen Sicherheitsgarantien geknüpft.

Aussenminister Briand betonte, dass auch durch die Schiedsgerichtsbarkeit

ein Krieg theoretisch nicht ausgeschlossen werden, praktisch aber auf immer undurchführbare Schwierigkeiten stosse. In 25 Fällen habe seit dem Kriegsende das Haager Schiedsgericht interveniert, ihm stehe als Instanz der Versöhnung der Völkerbundsrat zur Seite. Das seien positive Erfolge der Friedenspolitik, die es erlaubten, der Zukunft mit Optimismus entgegenzusehen.

Paul Boncour unterstrich ebenfalls die Wichtigkeit des neuen Vertrages und beglückwünschte Briand zu seiner Initiative des europäischen Staatenbundes. Ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien könne natürlich von einer Abrüstung vor der Hand keine Rede sein.

SPD. Bombay, 12. Juni (Eig. Drahtber.)

Der indische Kriegsrat gab nach dem Zusammenbruch der Salzkampagne den Befehl, Boykottposten vor die englischen Geschäftshäuser zu stellen. Sie sollten die Käufer am Eintritt in die Läden hindern. Seit etwa einer Woche wurde diesem Befehl von den Indischen Freiwilligen Folge geleistet, sodass eine empfindliche Störung für das englische Geschäftsleben und eine Schädigung der Inhaber zu verzeichnen war. Jetzt hat der Vizekönig den Kampf gegen den Boykott der Geschäfte mit den gleichen Mitteln wie gegen die Salzkampagne aufgenommen. Die Polizei geht genau so wie früher vor. Zunächst fordert sie die Boykottposten auf, auseinanderzugehen. Widersetzen sich die Freiwilligen, dann greift die Polizei mit Bambusstöcken ein. Die Folge ist, dass sich Menschenmengen sammeln und Steine gegen die Polizei geworfen werden. Es kommt zu Verhaftungen, zu Befreiungsversuchen und zu Schiessereien. Diese Vorgänge werden aus zahlreichen Städten gemeldet. Überall sind Tote und Verwundete zu verzeichnen. Auf den Dörfern breitet sich die Boykottbewegung ebenfalls aus.

Amtlich wird mitgeteilt: Kreuzer "Königsberg" wird am Sonnabend, den 14. Juni um 17 Uhr mit den sterblichen Ueberresten des Gesandten von Baligand in Cuxhaven eintreffen. Bei der Vonbordgabe des Sarges wird die Sicherheitswache und die Besatzung des Kreuzers antreten. Vom Auswärtigen Amt nehmen an den Ueberführungsfeierlichkeiten in Cuxhaven Ministerialdirektor Dr. Köpke und Legationsrat Wagemann teil. Ein Trauergefolge, bestehend aus den Offizieren des Kreuzers und des Standortes Cuxhaven und einer Abordnung der Besatzung des Kreuzers, wird den Sarg zum Bahnhof geleiten. Bei dem Begräbnis, das in München stattfinden wird, wird der Chef der Marineleitung durch Vize-Admiral Brutzer vertreten werden.

SPD. London, 12. Juni (Eig. Drahtber.)

Die britischen und die deutschen Koksausfuhrgesellschaften haben einen Vertrag geschlossen, nach dem beide Teile ihren Exportüberschuss nach Schweden, Dänemark und andere Staaten gemeinsam verteilen werden. Der Zweck des Vertrages soll die Verhinderung des Spekulationsgeschäftes und die Regulierung der Exportpreise sein. Auf England werden 53 % des Exports, auf Deutschland 47 % fallen.

SPD. Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten hat - wie uns aus New York gemeldet wird - in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ihren Mitgliederkampagne 6000 neue Mitglieder gewinnen können.

SPD. Wien, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Die "Neue Freie Presse" berichtet, dass sich der italienische Aussenminister Grandi auf seiner Rückreise aus Warschau incognito in Wien aufhalten wird, um die Bekanntschaft des Bundeskanzlers Schober zu machen. Als Schober seinerzeit in Rom weilte, befand sich Grandi auf der Flottenkonferenz in London.

SPD. Genf, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat am Mittwoch den Griechen Aghnides zum Nachfolger des Norwegers Colban als Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats ernannt. Aghnides gehört dem Beamtentab des Völkerbundssekretariats seit 1920 an. Er war zunächst in der Abrüstungsabteilung und in letzter Zeit in der politischen Abteilung tätig.

SPD. Bombay, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Als Erinnerung an die blutigen Ereignisse in Scholapur hatte der allindische Führer einen "Scholapurtag" ausgerufen, der durch eine grosse Prozession begangen werden sollte. Trotz des Polizeiverbots versuchten grosse Menschenmengen, hauptsächlich Frauen, der Demonstrationsparole am Donnerstag Folge zu leisten. Die Polizei trieb die Massen auseinander, konnte jedoch nicht verhindern, dass sich in vielen Seitenstrassen grosse Züge formierten, die mit Fahnen, Gesängen und Fackeln durch Bombay zogen. Bemerkenswert war die aktive Teilnahme vieler Mohammedaner.

SPD. Paris, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Finanzkommission der Kammer bezeichnete Finanzminister Reynaud die Ausführungen des Berichterstatters über den Verbleib der verschwundenen Milliarden des Schatzamtes als richtig. Von den 19 Milliarden, die Poincaré und Chéron als Reserven aufgespeichert hatten, seien nur noch 12 Milliarden vorhanden. Von diesen 12 Milliarden seien bereits sieben für "besondere Ausgaben" reserviert sodass für das 17 Milliarden-Projekt Tardieu nur noch knappe 5 Milliarden verbleiben. Wo die verschwundenen 7 Milliarden geblieben sind, sagte Reynaud nicht. Man wird nicht fehl gehen, wenn man mit einem Teil der französischen Linkspolitiker annimmt, dass sie für die Zwecke der nationalen Verteidigung, den Ausbau der Festungen an der Nordostgrenze, der Luft- und Marinestreitkräfte verwendet wurden.

SPD. Prag, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Prag wurde in den letzten Tagen durch zwei aufeinanderfolgende Morde in Aufregung versetzt. Am Mittwoch wurde die 66 jährige Frau eines Antiquitätenhändlers Hermine Burger in ihrer Wohnung erdrosselt aufgefunden. Die Motive der Tat sind vollkommen rätselhaft, da nichts aus der Wohnung, in der sich grosse Sammlungen von Kunstgegenständen befanden, entwendet worden ist, und auch sonst Verdachtsmomente nicht vorliegen. Am Donnerstag fand man den Sohn des in Italien weilenden Juweliers Havrdh in seinem Geschäft erschlagen auf. In diesem Falle handelt es sich um Raubmord, da zahlreiche Brillanten gestohlen worden sind. Der Mörder des Juweliers wurde am Donnerstag nachmittag in Pilsen von der Polizei verwundet und verhaftet. Ein Teil der Juwelen war noch in seinem Besitz. Der Mörder trug einen russischen Pass bei sich, der jedoch gefälscht zu sein scheint.

Selbstregierung der Philippinen?

SPD. Washington, im Juni (Eig. Drahtb.)

Der Sturm, der seit einer Reihe von Jahren in den Vereinigten Staaten um die Unabhängigkeit der Philippinen tobt, will nicht mehr zur Ruhe kommen. Demokraten schreien unablässig "amerikanischer Imperialismus" und Republikaner antworten empört mit "Verteidigung amerikanischer Interessen" und "Staatsrück-sichten". In diesem neckischen Versteckspiel zwischen den beiden führenden Parteien hat die Erörterung der Philippinenprobleme vor dem Senatskomitee für Kolonialangelegenheiten den lange erwarteten Höhepunkt gebracht. Das Komitee nahm mit acht gegen vier Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen einen Antrag an, der der Bevölkerung der Inselgruppe nach einer fünfjährigen Uebergangsperiode volle nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit zusichert. Die sechs demokratischen Komiteemitglieder waren geschlossen dafür und konnten zwei fortschrittliche Republikaner für ihre Sache gewinnen. Vier Republikaner stimmten gegen den Antrag, zwei enthielten sich der Stimme. Alles in allem eine Entscheidung, die bis zur letzten Minute wegen der unklaren republikanischen Haltung an einem Zwirnsfaden hing.

Dieser Beschluss, dessen unmittelbare politische Folgen nicht zu hoch zu veranschlagen sind, verdient deshalb besondere Beachtung, als er gegen die ausdrücklichen Vorstellungen des Leiters der amerikanischen Aussenpolitik, Staatssekretärs Stimson, gefasst wurde. Kaum 24 Stunden vorher war Stimson, der bis zu seiner Berufung in das Hoover-Kabinett die Würde des Generalgouverneurs der Philippinen bekleidet hatte, vor dem Komitee erschienen. Düstere Warnungen wechselten in stundenlangen Ausführungen mit dunklen Beschwörungen ab. Der Minister malte zur Begründung seiner ablehnenden Haltung ein schreckliches Zukunftsgemälde der Ueberflutung der Philippinen durch ostasiatische und chinesische Einwandererströme. Der Sicherheit halber erklärte er noch, dass die Bevölkerung zur Selbstregierung nicht reif sei.

Es mag sich erübrigen, auf die offizielle amerikanische Haltung näher einzugehen, die in der Sache selbst und in der Expansion amerikanischer Macht- und Wirtschaftsinteressen ihre Begründung findet. Die parlamentarische Behandlung der Philippinenprobleme und selbst die günstige Stellungnahme des Komitees wollen natürlich noch lange nicht sagen, dass in absehbarer Zeit die Aufgabe der amerikanischen Oberherrschaft über die Philippinen zu erwarten ist. Kommissionsabstimmungen sehen in dem politisch recht unsicheren Senatsplenum gewöhnlich anders aus, und bis derartige brenzliche Fragen gar vor das Haus kommen, das der Bundesregierung aus der Hand frisst, ist alles längst vergessen oder doch auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Schon die Abstimmung im Komitee zeigt die Spaltung, die hier wie in vielen anderen Fragen durch die republikanische Partei hindurchgeht und eine einigermaßen zutreffende Einschätzung der Haltung der republikanischen Majorität nicht zulässt. Etwas anderes ist es natürlich, wenn die Demokraten in den kommenden Kongresswahlen die Mehrheit im Hause und Senate bekommen sollten. Wie die Dinge aber heute liegen, ist das ein unsicheres Rätselraten, und auch dann werden politische Suppen lange nicht so heiss gegessen wie gekocht.

Was aber lässt die demokratische Partei zur Verfechterin der Freiheit und Unabhängigkeit der Philippinen werden, dieselbe demokratische Partei, die ihrer republikanischen Konkurrentin bis auf den Namen wie ein Ei dem andern gleicht und an bürgerlicher und grosskapitalistischer Gesinnung in keiner Weise hinter ihr zurücksteht? - Was lässt die Politiker unter dem demokratischen Dollarzeichen und Parteibanner gegen amerikanische Macht- und Kolonialpolitik wettern und sie in den recht revolutionären und gar nicht gesellschaftsfähigen Ruf "Nieder mit dem Imperialismus" einstimmen? - Das sind Fragen, die eine unzweideutige Antwort verdienen und eine Aufklärung der Hintergründe dieser merkwürdigen Parteipolitik notwendig erscheinen lassen.

Vorerst ein kleiner Ausflug in die Geschichte der Philippinen und ihre Annexion durch die Vereinigten Staaten, denn anders kann die amerikanische Herrschaft ja kaum bezeichnet werden. Die Philippinen, die etwa 7 000 kleine und kleinste Inseln umfassen, sind von einer Bevölkerung von nahezu 14 000 000 Eingeborenen bewohnt, die in manchen Teilen die merkwürdigsten Stammes- und Religionsmischungen aufweist. Wer weiss gar, dass in den unzugänglichen Bergen von Mindanao nahe dem Lanao-See die malayischen Moros leben, die einzigen Mohammedaner unter amerikanischer Flagge, Todfeinde der Filipinos und mit ihnen und den Amerikanern in ständige blutige Guerillakriege verstrickt? - Die ungewöhnlich reiche und fruchtbare Inselgruppe wurde um das Jahr 1520 herum von Maghellan entdeckt und kaum 20 Jahre später der spanischen Krone einverleibt. Über 350 Jahre, bis zum Jahre 1898, erfreuten sich die Spanier ihrer wertvollen Besitzungen. Dann kam das langsam erwachende Amerika und nahm ihnen im Pariser Vertrag, der den spanisch-amerikanischen Krieg zu einem diplomatischen Abschluss brachte, die Philippinen ab.

Politisch gesehen sind die Amerikaner, die sich um die Entwicklung der Inseln die erdenklichste Mühe gaben, ihres Besitzes nie recht froh geworden. Schon kurze Zeit nach der amerikanischen Machtübernahme begannen sich die Forderungen nach nationaler Selbständigkeit und Unabhängigkeit bemerkbar zu machen, die in den besitzenden Klassen der Filipinos einen willigen Widerklang fanden. Man sah in diesen Kreisen nicht ganz unrichtig ein, dass die amerikanische Beteiligung an der Ausbeutung der Inselreichtümer und die unbequeme Oberaufsicht der landfremden Behörden die bisher unbegrenzten eigenen Profite schmälern und auch die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der eingeborenen Unternehmer hindern musste. Zu dieser Lage in den oberen Bevölkerungsschichten der Filipinos bot sich bald ein interessantes Gegenstück in den Vereinigten Staaten. Dort entdeckten nämlich einflussreiche Wirtschaftsgruppen urplötzlich, dass die Philippinen unter amerikanischer Flagge alles andere als ein wirtschaftlicher Segen waren und gewissen Industrie- und Bodenprodukten der Philippinen eine scharfe Konkurrenz auf dem amerikanischen Festlande gegen die einheimischen Erzeugnisse erlaubten. Was natürlicher, als dass diese Kreise, die besonders in den Südstaaten zu Hause sind, mit fliegenden Fahnen und stürmischer Begeisterung in das Lager der Philippinen-Befreiung übergingen und die Unabhängigkeitsbestrebungen mit allen Mitteln unterstützten! Das Mundstück dieser Einstellung wurde die demokratische Partei, die im Süden politisch zu Hause war und deshalb auf die dortigen massgebenden Kreise jede Rücksicht zu nehmen hatte.

Schon im Jahre 1916 konnten diese in ihrem Ziele geeinten Gruppen mit der Annahme des sogenannten Jones-Aktes im Bundeskongress einen grossen Erfolg erzielen. Der Jones-Akt stellte die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten fest, sich von den Philippinen zurückzuziehen und die Unabhängigkeit der Bevölkerung anzuerkennen, sobald eine stabile Regierung auf den Philippinen die Herrschaft übernehmen könne. Das war recht vage und kautschukartig und wurde auch durch die Entsendung einer Regierungskommission zum Studium der politischen und wirtschaftlichen Lage der Philippinen nicht besser. Bis auf wenige unverbindliche Empfehlungen der Kommission und kleine Schönheitspflasterchen blieb alles wie es gewesen war.

Die Entwicklung der letzten Monate ist nur eine selbstverständliche Folge dieser Jahrzehnte alten Politik. Worauf es den Demokraten ankommt, ist nicht so sehr, die Philippinen loszuwerden und den Inselbewohnern ihre politische Freiheit wiederzugeben, als die von ihnen kontrollierten Südstaaten und damit sich von einem unangenehmen Wirtschaftskonkurrenten zu befreien. Hier zeigt sich wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie sehr nationale Parteipolitik von wirtschaftlichen Erwägungen diktiert wird. Unter den heutigen Verhältnissen geniessen die Produkte der Philippinen zollfreien Eintritt in die Vereinigten Staaten. Sobald die Philippinen aber selbständig werden, ist es mit der Zollfreiheit vorbei. Opposition gegen den amerikanischen Imperialismus, zum mindesten soweit er sich auf die Philippinen bezieht, ist für die demokratische Partei nichts anderes als die Sicherung ihrer südlichen Wahlgebiete und voller Wirtschaftsschutz für die hinter ihr stehenden finanzkräftigen Kreise.

Kleinkrieg in Lippe.

(Der Wahnsinn der Kleinstaaterei.)

SPD. Detmold, den 12. Juni (Eig. Bericht)

Schaumburg-Lippe heisst das kleinste deutsche Land. Mitten im Herzen des westlichen Deutschland liegt dies etwas merkwürdige deutsche Staatsgebilde, das man schon mit der Lupe suchen muss, wenn man es auf der buntscheckigen Landkarte finden will. Mit seinen 4800 Seelen und seinen 340 Quadratkilometern ist es nicht grösser als ein kleiner preussischer Landkreis. Neben einem Staatsrat - einen Minister kennt das Ländle nicht - bilden vier unbesoldete Schaumburg-Lipper die Regierung dieses Liliputstaates. Ein eigener Landtag zählt 15 Abgeordnete. Ausserdem regieren etwa 20 höhere und rund 75 mittlere Beamte das Land. Sogar im Reichsrat hat Schaumburg-Lippe eine Stimme; im gleichen Verhältnis müsste Preussen 795 S. immen haben - es hat aber nur 26. Die Stimme eines Schaumburg-Lippers ist also dreissigmal so gewichtig wie die eines Preussen! Das sind so kleine Kuriositäten, die vielleicht noch durch die Mitteilung ergänzt werden können, dass Preussen für Lippe das Oberlandsgericht und Prov. Schulkollegium stellt, dass die Gewerbeaufsicht von Preussen angeliehen wird, ja, dass sogar die Schaumburg-lipper Stuten mit preussischen Hengsten bedacht werden müssen!

Diesem kleinen Land mit einem Nesselblatt im Wappen und kleinbäuerlicher Bevölkerung, die noch heute fest an ihrer alten Tracht hält, wird von einer sozialdemokratischen Regierung geleitet. Sie stützt sich im Landtag auf die knappe Mehrheit von acht Sozialdemokraten gegenüber sieben Bürgerlichen. Unter dieser sozialdemokratischen Regierung wurde schon 1926 der Anschluss an Preussen gefordert; er scheiterte mit einer öffentlichen Volksabstimmung, die mit knapper Mehrheit gegen den Anschluss entschied. Die Zeit liess es jedoch ratsam erscheinen, später nochmals mit Preussen zu verhandeln. Der Anschluss schien fast schon sicher, da ausser den Demokraten auch der deutschnationale Bürgermeister der "Residenz" Bückeburg für den Anschluss war. Das war im März 1930. Dem Kesseltreiben der Anschlussgegner war der deutschnationale Mann - das Zünglein an der Waage - jedoch nicht gewachsen und so kam, was bei einem Deutschnationalen kaum verwunderlich ist: er fiel um! Immerhin zog er wenigstens die Konsequenz und legte sein Landtagsmandat nieder. Seine Nachfolge trat ein Anschlussgegner an und damit war das Schicksal des Anschlussgedankens vorläufig besiegelt. Die notwendige Zweidrittelmehrheit kam nicht zustande. Schaumburg-Lippe wahrte nochmals seine Selbständigkeit....

Das dickere Ende sollte jedoch bald kommen. Politische Kurzsichtigkeit, bäuerliche Engstirnigkeit und Böswilligkeit gegen die sozialdemokratische Regierung veranlassten die bürgerliche Opposition zur Obstruktion gegen alles, was ihr nicht passte. Mit einigen Kleinigkeiten fing es an, mit der Obstruktion gegen einen neuen Finanzausgleich ging es weiter. Dieser Finanzausgleich sah eine einschneidende Kürzung der Zuweisungen des Landes an die Städte und Gemeinden vor, um mit der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit auch die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse des Landes befriedigen zu können. Die gleichen, sog. "heimattreuen" Kreise, die vorher alle Mienen der Gefühlsduselei für die Selbständigkeit springen liessen, verweigerten nunmehr der Regierung die Mittel zu ihrer Lebensexistenz. Sie konnten das, weil nach der Schaumburg-lippischen Verfassung mindestens 2/3 aller Abgeordneten an der Abstimmung teilnehmen müssen. Der Landtag war also auf die Hilfe der bürgerlichen Parteien angewiesen. Nachdem der Regierung alle Möglichkeiten genommen waren, blieb ihr als einziger Ausweg nur noch die Notverordnung auf Grund des § 46 der Verfassung. Dagegen hagelte es Proteste und Drohungen mit dem Staatsgerichtshof. Zwei Monate sind inzwischen verflossen, ohne dass diese Drohungen der Wirtschaftskreise wahrgemacht worden wären....

Die Obstruktion wurde beim Etat fortgesetzt! Die verfassungsmässige Mehrheit des Landtags wurde dadurch ausserstande gesetzt, den Staatshaushalt zu

verabschieden. Dem kleinsten deutschen Land wurde so schwerer Schaden an Ansehen und auch an Kredit zugefügt. Weil die verantwortungslose Opposition keinerlei gangbare Wege aufzuzeigen wusste, wie der Etat verabschiedet werden konnte, ohne dass zu tiefe Einschnitte in das Verwaltungsleben des kleinsten deutschen Staates gemacht wurden, sieht sich die Regierung jetzt wiederum gezwungen, von der Ermächtigung des § 46 der Landesverfassung Gebrauch zu machen, um die Geschäfte des Landes weiterführen zu können.

Die Absicht der bürgerlichen Minderheit, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen oder aber wenigstens Neuwahlen zu erreichen, scheiterte an der Haltung der Regierung.

SPD. Die katastrophal gestiegenen Wohlfahrtslasten zwingen die Städte, jede Einnahmemöglichkeit voll auszuschöpfen. Zu den bedauerlichen Folgen solcher Not gehören die Erhöhungen der Tarife auf Elektrizität, Gas und Wasser und die Erhöhung der Strassenbahntarife. Seit Jahr und Tag verlangen die Städte schliesslich auch eine Erhöhung des Schuldgeldes an den höheren Schulen. Zwar wird durch eine solche Erhöhung die grosse Masse der erwerbstätigen Bevölkerung nicht getroffen, immerhin bleibt eine Schulgelderhöhung bedauerlich, weil sie den Grundsätzen der Begabtenauslese und Begabtenförderung widerspricht. Unter diesen Umständen hat der preussische Kultusminister geglaubt, die Verantwortung für eine Schulgelderhöhung nicht allein tragen zu können und den Landtag veranlasst, die notwendigen Massnahmen auf gesetzlichem Wege zu treffen.

Die preussischen Koalitionsparteien haben inzwischen im Landtag den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, durch den das Schuldgeld in ein bestimmtes Verhältnis zu den Selbstkosten der Schulträger, also des Staates oder der Kommunen, gebracht werden soll. Die einzelnen Fraktionen sind der Ueberzeugung dass es recht und billig wäre, wenn die Schulträger etwa ein Drittel der Selbstkosten als Schulgeld einziehen. Das würde bedeuten, dass das Schuldgeld an den höheren Schulen von 200 auf etwa 245 RM. jährlich stiege. Diese Quote wird übrigens den Verhältnissen vor dem Kriege noch nicht gerecht. Im Jahr 1913 wurden bei den Knabenanstalten 39,2%, bei den Mädchenanstalten 53,7% der Gesamtausgaben durch Schulgeld gedeckt. Die Städte haben deshalb beim Landtag beantragt, diese Quote zwar nicht voll wieder herzustellen, aber statt der beabsichtigten 33 1/3% eine Quote von 40% in dem Gesetzentwurf vorzusehen. Der Schulgeldsatz, der nach der Quote errechnet wird, soll von dem Kultusminister dem Minister des Innern und dem Finanzminister im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden alljährlich festgesetzt werden. Es kann nun vorkommen, dass besondere Aufwendungen für eine höhere Schule ein noch höheres Schulgeld erzwingen. Die Stadtparlamente stehen dann vor der Frage, ob sie den Eltern der Schüler ein höheres Schulgeld zumuten dürfen. Die Eltern wiederum müssen entweder das höhere Schulgeld zahlen oder erleben, dass die Schule geschlossen wird. In diesem Falle würden sie unter Umständen noch höhere Kosten als früher dadurch zu tragen haben, dass sie ihre Kinder in die Schule eines anderen Ortes schicken müssten. Um solche Ausnahmefälle zu decken, haben die Städte beantragt, dass mit Genehmigung des Ministers ein höheres Schulgeld erhoben werden darf, wenn besondere Umstände vorliegen. In einem anderen wesentlichen Punkte gehen die Ansichten der Koalitionsparteien und der Städte ebenfalls auseinander. Im Gesetzentwurf der Koalitionsparteien sind bestimmte Schulgeldermässigungen vorgesehen, die ohne weiteres dann eintreten, wenn mehrere Geschwister höhere Schulen besuchen. Die Städte haben dazu beantragt, die Bewilligung von Geschwisterermässigungen von den Leistungen des Schülers und von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern abhängig zu machen. Die gegenwärtige Ueberfüllung der höheren Schulen lässt es in der Tat angezeigt erscheinen, besondere Zuwendungen die auf Kosten der Allgemeinheit gehen, nach der Begabung des Schülers und der Bedürftigkeit der Eltern zu verteilen. Schematische Bestimmungen dieser Art sind erfahrungsgemäss sinnlos. Es ist anzunehmen, dass der Landtag sich bald mit der ganzen Frage beschäftigen wird.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Herr Treviranus und die Welfen.

SPD. Herr Treviranus ist ein General ohne Soldaten. Seine volkonservative Vereinigung stellt ein Offizierscorps dar, lauter bekannte Namen - aber es fehlt der unbekannte Soldat. Ohne Soldaten aber geht es nicht und so hat sich Herr Treviranus auf die Suche nach ihnen begeben. Seine Hoffnungen auf den Landbund sind längst dahingeschmolzen, Er sucht nun mit der Lupe. Dabei entdeckte er die Welfen, die sich stolz Deutschhannoveranische Partei nennen. Die "Volkskonservativen Stimmen" berichten darüber:

"Mit der Deutschhannoveranischen Partei haben wir Volkskonservativen für die Provinz Hannover ein Abkommen dahin getroffen, dass wir sie als die bodenständige und christliche Partei Hannovers betrachten, deren Ziele sich von den unseren in keiner Hinsicht unterscheiden. Auf dem Uelzener Parteitag der Deutsch-Hannoveraner hat der Sprecher der Volkskonservativen betont, dass wir auch das förderative Prinzip als eins der vornehmsten konservativen Prinzipien anerkennen, denn Tradition, Geschichte, Heimatkultur und Bodenständigkeit finden darin einen Niederschlag."

Die Intimität zwischen den Volkskonservativen und den Welfen ist demnach bemerkenswert gross. In der Provinz Hannover müssten nach dieser Mitteilung der volkonservativen Stimmen die Welfen geradezu die Parteiorganisation des Herrn Treviranus darstellen. Die Welfen sind eine partikularistische Abtrennungsbewegung. Herr Treviranus aber ist Reichsminister für die besetzten Gebiete. Er muss wissen, wie weit er sich bei seiner Suche nach Parteisolddaten und Stimmzetteln kompromittieren darf. Ein Reichsminister für die besetzten Gebiete, der eine partikularistische Abtrennungsbewegung als seine eigene Parteiorganisation anerkennt und mit Begeisterung die welfischen Ziele billigt, wäre eine sehr seltsame und politisch nicht erträgliche Erscheinung.

Die Welfen haben im Jahre 1924 die Lostrennung Hannovers von Preussen betrieben. Sie streben auch heute noch danach und suchen nach Bundesgenossen. Es müsste selbstverständlich auf die preussische Regierung einen sehr sonderbaren Eindruck machen, wenn ein Reichsminister und noch dazu der Reichsminister für die besetzten Gebiete sich für die Ziele ausgesprochener Partikularisten und Separaristen gegen Preussen erklärt!

Kostspieliger Partikularismus.

Der zu Oldenburg gehörige Landesteil Lübeck, das sogenannte Fürstentum Lübeck liegt vom Stammlande räumlich getrennt. Es erfordert deshalb übernormale Verwaltungskosten. In der letzten Zeit ist deshalb eine auf den Anschluss an Preussen abzielende Bewegung in diesem Landesteil ständig gewachsen. Der Oldenburgische Landtag jedoch denkt nicht daran, diesen Landesteil zu Preussen gehen zu lassen. Er hat vielmehr, um die Verwaltungskosten zu decken, eine Sondersteuer beschlossen, die im Landesteil Lübeck aufgebracht werden soll. Er hat dafür die rückständigste Steuerreform gewählt und den Bewohnern des Landesteils eine Kopfsteuer auferlegt. Die Bewohner des Fürstentums Lübeck, die auf ihre oldenburgische Staatszugehörigkeit keinen besonders grossen Wert legen, müssen nun für das "hie gut Oldenburg allewege" noch eine Kopfsteuer bezahlen! Die Heimmattreue dieser Oldenburger wird dadurch beträchtlich wachsen!

Was uns gefehlt hat.

In Hamburg ist dieser Tage eine "Partei der Technik" gegründet worden. In ihrem Programm heisst es, dass sie "im Kern unpolitisch, durch ihre Lehrer der befreienden Verstandestechnik allen Menschen von rechts und links auf der goldenen Mitte einigen möchte." Die Gründer sind ein Direktor Jebens und ein Diplomingenieur Griesel. Es gibt doch wirklich noch deutsche Idealisten! Wenn Leute wie Herr Treviranus, die doch immerhin einen politischen Namen haben, ihre Anhänger mit der Laterne suchen müssen, - wo sollen dann die Anhänger für die unbekanntenen Herren Jebens und Griesel herkommen! Aber wir haben wenigstens noch eine neue Partei, einen Namen und ein Programm hat sie auch, und warum sollte Herrn Jebens nicht billig sein, was etwa Herrn Mahraun recht ist?

Schrei nach Postzensur.

Der Katholische Volkswart-Bund beschäftigt sich mit der Bekämpfung erotischen Schrifttums. Er fordert dazu auf, ihm Prospekte von Verlagen, die erotische Literatur anbieten, zuzusenden. Ebenso Hinweise auf Magazine und andere Zeitschriften, an denen ihm Gleichgesinnte Anstoss nehmen. In einem Aufsatz, der über die Tätigkeit des Bundes in der katholischen Presse verbreitet wird, findet sich der folgende Satz:

"Und wie mancher Postbeamter, dem das Postgeheimnis ein Eingreifen verbietet, muss zusehen, wie die schmutzigsten Artikel, die amtlich durch seine Hände gehen, durch ihn an Jugendliche gelangen, und sie an Körper und Seele vergiften. Die Postordnung sieht zwar eine Sperre vor, für Dinge, bei denen der unsittliche Charakter klar zutage tritt. Aber die Versender sind schlau. Sie kennen alle Schliche und sind nur schwer zu fassen."

Man liest daraus eine versteckte Aufforderung an Postbeamte, sich als Zensor für Postsendungen aufzuwerfen, die durch ihre Hände gehen. Es ist noch nicht sehr lange her, dass ein Zollbeamter auf eigene Faust den Zensor gespielt hatte, woraus sich ein skandalöser Prozess entwickelte. Es fehlt nun gerade noch, dass die Post sich zum Zensor über das aufwirft, was man in katholischen Kreisen für unsittlich hält!

Hakenkreuzpresse.

In Hof gibt der bayerische Landtagsabgeordnete Schemm ein Hakenkreuzblättchen heraus. Ein typisches Beispiel für die Revolverjournalistik der Nazis. Dieses Blatt veröffentlichte dieser Tage einen Artikel voll gemeinster Verleumdungen der Arbeiterturnerinnen. Eine der Verleumdeten stellte Strafantrag. Herr Schemm verkroch sich zunächst hinter seine Immunität, bis sie vom Bayerischen Landtag aufgehoben wurde. Nun nahm Schemm alles zurück und bedauerte den Artikel aufgenommen zu haben. Er tat de- und wehmütig Abbitte. Aber zwischen der Beleidigung und der Abbitte des Herrn Schemm ist rund ein Jahr verflossen. Das ist die echte Methode der Hakenkreuzpresse. Sie verleumdet, sie lässt die Verleumdung ein Jahr lang in die Welt gehen und dann kneift sie und nimmt alles zurück.

Der "Sächsische Beobachter", das Blatt der Hakenkreuzler in Sachsen ist erbittert darüber, dass die Geschäftsleute bei ihm nicht inserieren. Deshalb richtet er die massivsten Angriffe gegen alle grösseren Firmen, die ihm keine Inserate geben. "In Leipzig wuchern Kaufhäuser, jüdische Geschäfte, Konsumvereine und Kettenläden wie die Pilze auf sumpfigem Boden." Nach dieser Einleitung wurden etwa 30 grosse Leipziger Firmen aufgezählt. Der Zweck der Uebung ist, dass die Firmen aus Angst vor den Sturmabteilungen der Hakenkreuzler Inserate geben sollen. Gewöhnlich nennt man solche Methoden Revolverjournalistik.

Aus aller Welt

Achtung, Achtung, wir übertragen jetzt....

Rund um die Nacht des Weltmeisters.

SPD. A.f.d.Red.: Wir empfehlen, das nach folgende Stimmungsbild an die Meldung vom New Yorker Schmeling=Sharkey=Boxkampf anzuhängen.

Berlin fiebert! Deutschland fiebert! Amerika fiebert! Wetten werden abgeschlossen, Reklameschlagereien inszeniert, Geschäfte gemacht, breitschmalzige Reportagen geschrieben und von einer hysterischen Boulevardpresse mit Fettdruck in eine sensationsgierige Menge geworfen-, Schmeling oder Sharkey? Und ob man will oder nicht, ob man über Snobismas schimpft oder das Reklamegenie der Manager-bespöttelt -, Hunderttausende sind in wilder Erregung, haben in diesen letzten Stunden kein anderes Gesprächsthema mehr, als den Kampf um die Weltmeisterschaft im Boxerschwergewicht....

Wie in einem Taubenschlag geht es im Rundfunk zu. Eine Anzahl Sender übertragen ab drei Uhr nachts die einzelnen Phasen des Kampfes, aber schon Stunden vorher stürmen neugiergeschwängerte Hörer, die den Beginn nicht erwarten können das Rundfunkbüro. Da ruft einer an, um mit schreckensbleichem Gesicht zu fragen, ob es wahr sei, dass Schmeling im letzten Augenblick von Weinkrämpfen und schrecklicher Nervosität befallen worden sei, Er habe ein halbes Vermögen auf Max Schmeling gesetzt und sei ruiniert, wenn der Junge gegen Sharkey nicht durchhalten würde. Ein anderer hat dem Rundfunk mit einem dringenden Filbrief bedacht, in dem er den "verehrlichen Ansager" herzlich bittet, ihn Punkt drei Uhr, um welche Zeit die Uebertragung beginnt, zu wecken. Sollte man ihm diesen kleinen Liebesdienst nicht erweisen, so würde er daraus die Konsequenzen ziehen und sein Abonnement abbestellen. Ein Dritter, den der ganze Rummel mächtig ärgert, bittet hingegen die Funkleute, der "rüden Zeitgier" nicht Rechnung zu tragen, sondern demonstrativ, statt der Weltmeisterschaftsübertragung ab drei Uhr nachts die Neunte Symphonie zu spielen. Ein etwas bizarrer Vorschlag, der bei den Boxenthusiasten kaum auf erhebliche Sympathien stossen dürfte,

In Berlin gibt es einen merkwürdigen Mann, der auf den Namen Krücke hört. Dieser Krücke ist eine kleine Sportprominenz, Stimmungsmacher auf der Galerie bei allen Sechstagerennen, Duzfreund gewesener und kommender Sportskanonen und Besitzer der grössten Berliner Schnauze, die sich an der ganzen Spree aufreiben lässt. Krücke schwört auf Max Schmeling und kommt jedem grob, der an den Chancen seines Lieblings zu zweifeln wagt, "Und wenn Sie noch ein Wort jejen Maxe zwitschern, Herr, dann sollen Sie mal meine Fäuste kennen lernen!" Und Krücke zeigt ein Aermchen von geradezu kindlicher Schmalheit, wenig geeignet, den furchteinflössenden Worten den nötigen Nachdruck zu verleihen. Punkt drei Uhr nachts sitzt Krücke an seinem Radio, hat den Kopfhörer umgestülpt und horcht in den Aether hinaus. Jeden angesagten Boxhieb schlägt er in wilder Ekstase mit, schon nach zehn Minuten ist er in Schweiss gebadet. Heute nacht gibt es Millionen Krückes in der ganzen Welt.

Zwei Sportrestaurants stellen Lautsprecher auf, die auf die Strasse gehen. Sie wollen die Rundfunkübertragung einem breitesten Publikum sozusagen im Vor-

beigehen übermitteln. Die originelle Idee lohnt sich, Hunderte sammeln sich an und boxen im Geiste mit. Es ist ein Bild wie bei einem Galaabend im Sportpa- last. Ein Wunder, dass die Hingerissenen sich nicht gegenseitig zu prügeln an- fangen. Jeder Treffer Schmelings wird mit Hochrufen begrüßt, wenn Sharkey zuschlägt, erhebt sich rhabarberartiges Geheul. Ist es so, dass alle diese Leute gar keine anderen Sorgen haben? Ach nein, sie alle gehen fleissig in die Fa- brik, ins Büro oder stempeln und kämpfen Tag um Tag den schweren Kampf ums Da- sein und ums Brot. Aber das Volk hat selbstverständlich nicht nur ein Recht aufs Brot, sondern auch auf Spiele. Dass sich Millionen nun gerade für einen Boxkampf so begeistern, mag gewiss nicht ideal sein. Aber verständlich ist es!

Wenn man in zwölfter Stunde durch die Stadt geht, interessierte Sports- leute interviewt, die Stimmung der Masse auszukundschaften versucht und alles tut, um ein objektives Bild zu gewinnen, so muss man sagen: dieser Boxkampf ist populär. Unheimlich populär. Sie hängen alle an der Wellenstrippe, im Oste wie im Westen, im Norden wie im Süden. Man kann es bedauern, man kann es be- kämpfen, aber man kann es nicht mit verächtlicher Geste allein abtun. Diese Nacht, die für Millionen ein Ereignis ist, muss ein Stück Anschauungsunterricht für das Wesen der Massenpsyche genannt werden. Schmeling und Sharkey zeigen da groteske Spiegelbild der Zeit.....

Eine moderne "Madame Bovary".

Sie ermordete ihren Mann im Schlaf - Das tragische Ende einer Ehe.

Rouen ist trotz seiner 150 000 Einwohner eine ruhige etwas verschlafene französische Provinzstadt, in der sensationelle Vorkommnisse zu den Selten- heiten gehören. Ungeheures Aufsehen musste daher dieser Mordprozess hervor- rufen, der jetzt vor dem dortigen Schwurgericht sich abrollte. Aus der Umge- bung, viele Stunden weit, waren die Neugierigen herbeigeeilt, Hunderte von Bewohnern der Stadt umdrängten den altertümlichen Justizpalast, um jene Frau zu sehen, die unsinnig vor Eifersucht und Rachedurst ihren Mann mitten im Schlaf durch fünf Karabinerschüsse tötete, Sie wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gisela Bourdet, die Mörderin, ist heute erst 20 Jahre alt. Sie stammt aus einer alten bürgerlichen Familie der Stadt. Ihre Eltern liessen sie in einem Kloster erziehen. Achtzehnjährig heiratete das junge Mädchen den reichen Guts- besitzer Bourdet, der in der Nähe von Rouen einen schlossartigen Landsitz be- wohnte. Mit 19 Jahren war Gisela Mutter. Mit 20 Jahren tötete sie ihren Mann auf bestialische Weise. Wie ist das zu erklären?

Die Frau, die durch einen schwarzen Schleier vor der Neugier der Zuschauer geschützt, in der Anklagebank sass, gesteht mit eintöniger Stimme ihr Verbre- chen. Gisela Bourdet ist hübsch - nicht von der Schönheit der geschminkten hysterischen Pariser Mörderin aus Eifersucht, Gisela Bourdet hat frische rote Wangen, ein Paar braune furchtsame Augen und eine Figur, die man heute voll- schlank nennt. Sie ist der Typ einer kerngesunden ländlichen Schönheit, Und doch eine Mörderin?

Es war in der Nacht vom 2. zum 3. Februar dieses Jahres, als die Tat ge- schah. Gisela war am Nachmittage in einem benachbarten Ort gewesen, um einzu- kaufen. Als sie zurückkam, entschuldigte sich ihr Mann, dass er sie nicht, wie sonst mit dem Auto vom Bahnhof abgeholt habe. Er sei beschäftigt gewesen. Be- schäftigt? Lag nicht im Schlafzimmer ein Taschentuch, das nicht ihr, Gisela, sondern einer anderen Frau gehörte? Gisela Bourdet glaubte es wenigstens. Sie machte ihrem Manne Vorwürfe, nicht ohne Grund, wie sich später herausstellte. Es kam zu einer schrecklichen Szene. Der Mann bekam einen Wutanfall, drohte, das Kind zu erschliessen und warf seine Frau schliesslich zur Tür hinaus. Heimlich.

schlich Gisela wieder in die Wohnung. Ihr Mann war zu Bett gegangen, man hörte sein Schnarchen im Nebenzimmer. Es war das erste Mal im Leben der zwanzigjährigen Frau, dass sie sich demütigen musste, dass sie geschlagen worden war. Geschlagen wegen einer Rivalin? Gisela liebte ihren Mann, wie sie sagte; sie wollte nicht, dass er einer anderen gehörte. Ehe sollte er sterben, als in den Armen einer anderen liegen. Der Gewehrschrank stand offen. Der Karabiner, den der Landwirt noch vor einer Stunde in der Hand gehalten hatte, um sein eigenes Kind zu bedrohen, lehnte an der Tür. Als Giselas Blicke die Waffe streiften, schoss ein fürchterlicher Gedanke durch den Kopf der jungen Frau. Was nun geschah... die Angeklagte weiss es nicht mehr.

Um Mitternacht schreckten fünf Schüsse die Bedientesten aus dem Schlaf. Der Herr des Hauses lag tot in seinem Bett. Gisela umklammerte weinend seinen Körper. Sie bereute ihre Tat, sie schluchzte und schrie und klagte sich vor allen des Mordes an. Es war zu spät. Die Gendarmen traten ein und nahmen die Mörderin fest.

Es gelang dem Vorsitzenden, dem Staatsanwalt und dem Vertreter der Familie des Ermordeten nicht, die wahren Motive der Tat klar zu legen. Gisela Bourdet wusste sie selber nicht. Sie bereute alles, sie verstand es selbst nicht mehr, wie sie sich derart vergessen konnte. Alles war wie ein Traum gewesen.

Ein Traum? Der Staatsanwalt war anderer Meinung und verlangte den Kopf der Angeklagten. Der Verteidiger plädierte für Freispruch. Hätte der Prozess in Paris stattgefunden, würde der Verteidiger gesiegt haben. Die Geschworenen von Rouen aber, brave Handwerker und Kaufleute, verneinten wohl die Schuldfrage wegen vorsätzlichen Mordes, hielten indes Totschlag für vorliegend. Gisela Bourdet wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Das zahlreiche Publikum nahm den Spruch mit beifälligem Klatschen auf. Die Verurteilte wurde ohnmächtig, sie wurde von Gendarmen hinausgetragen, während draussen auf der Strasse, die Vielen, die kleinen Platz im Sitzungssaal gefunden hatten, in laute Verwünschungsrufe auf die Mörderin ausbrachen und das Gefängnis zu stürmen suchten. Die moderne "Madame Bovary" wurde, da Gefahr für ihr Leben bestand, über Nacht in eine andere Strafanstalt des Landes gebracht.

+ + +

Potsdamer Skandalprozess. Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte am Donnerstag eine Frau Geheimrat Röther wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Frau Geheimrat Röther, die in der Potsdamer Gesellschaft eine beträchtliche Rolle gespielt hatte, ist bereits vielfach wegen Diebstahls vorbestraft. Niemand in Potsdam hatte von dem Vorleben der Angeklagten eine Ahnung, niemand wusste, dass die elegante Wohnung des Ehepaars - der Gatte der Angeklagten war der im März dieses Jahres verstorbene Geheime Rechnungsrat und Rechnungsrevisor Martin Röther - nur auf Kredit eingerichtet war, wie auch der elegante Benz-Wagen, in dem Frau Geheimrat Röther herumzufahren pflegte unbezahlt gewesen ist. Aber eben durch dieses elegante Auftreten war es Frau Röther in Potsdam, wo der Schein noch gilt und ein feiner Name mehr ist als Schall und Rauch, möglich, zahlreiche Geschäftsleute, die sämtlich Waren auf Kredit verkauften, zu betrügen. Ein Zeuge gab beispielsweise an, durch die Angeklagte 2 300 Mark verloren zu haben. Frau Röther wies in ihrer Verteidigung darauf hin, sie habe geglaubt, dass ihr Mann sehr reich wäre. Als der Vorsitzende, der aus dem Frenzel-Prozess in Erinnerung stehenden Landgerichtsdirektor Warmuth, erwiderte, dass Geheimrat Röther doch geradezu mit Zahlungs- und Pfändungsbefehlen überschüttet worden wäre, entblöste sich die Angeklagte nicht ihren verstorbenen Mann mit Schmutz zu bewerfen, indem sie dreist erwiderte, dass ihr Mann ja auch mehrere Verhältnisse gehabt hätte, die er mit grösseren Zuwendungen bedacht habe. Ausserdem erzählte sie dem Gericht etwas von ihrem reichen Sohn in Australien. Als Sachverständiger bekundete Kreismedizinalrat Dr. Geiseler, dass die Frau zwar als ausgesprochene hysteri-

sche Lügnerin mit frömmelndem Einschlag und mit starkem Geltungsdrang zu bezeichnen sei, dass sie aber geistig nicht so defekt wäre, dass der § 51 auf sie anzuwenden sei. Aus weiteren Zeugenvernehmungen ging dann noch hervor, dass das Eigentum des verstorbenen Geheimrats tatsächlich nur aus ein paar alten Holzkisten bestanden habe. In seinem Plädoyer erklärte der Staatsanwalt u.a.: "Die Angeklagte ist als gemeingefährlich zu bezeichnen und als Krebschaden für die gesamte Geschäftswelt. Sie ist eine Hochstaplerin, die selbst nicht davor zurückgeschreckt ist, arme Kleinrentner zu betrügen."

Die Potsdamer Gesellschaft ist um ein "würdiges" Mitglied und um eine Illusion ärmer.

+ + +
Petroleumexplosion in Texas. In Port Arthur (Texas) explodierte eine Petroleumreinigungsanlage. Zehn Arbeiter wurden schwer verletzt. Der materielle Schaden beläuft sich auf ungefähr 200 000 Dollar.

+ + +
300-facher Schwindler festgenommen. Der Berliner Kriminalpolizei gelang die Festnahme des langgesuchten berüchtigten Waren- und Kreditschwindlers Eric Petermann, der sich auch Schmidt, Lehmann, Peter, Warnke und Pelzer genannt hatte. Gegen Petermann, der schon einige Male verurteilt worden ist, sind im Laufe der letzten Jahre über 300 Anzeigen erstattet worden. Petermanns Betrugsmethode bestand darin, dass er in den verschiedensten Geschäften sich Waren ausgesucht hatte, die er sich vor der Bezahlung von einem Boten, den er begleitete, nach Hause tragen liess. Unterwegs liess sich Petermann die Waren von dem Boten übergeben und schickte den Begleiter weg. Der Coup gelang jedes Mal und Petermann ergaunerte sich auf diese Weise Tausende.

+ + +
Riesenfeuer im Sägewerk. Ein Grossfeuer äscherte das Sägewerk der Berliner Siemens Bau Union im Walde bei Friedland (Mecklenburg) mit allen seinen Holzvorräten im Laufe von drei Stunden vollständig ein. Die Feuerwehren, die an der Brandstätte erschienen waren, konnten wegen Wassermangels nichts zur Löschung des Feuers tun. Verbrannt sind infolgedessen u.a. 50 mit Holzvorräten gefüllte Schuppen, eine Autogarage, mehrere Wohnbaracken und acht Eisenbahnwagen. Der Gesamtschaden, den das Feuer, dessen Entstehung auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt wird, angerichtet hat, dürfte sich auf ungefähr 30000 Mark belaufen.

+ + +
Ermordung eines Juweliers. Der Prager Juwelier Rudolf Havrda ist in seinem Laden ermordet aufgefunden worden. Das Geschäft war ausgeraubt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

+ + +
Neue Verurteilung des Goldfüllfederkönigs. Der berühmte Goldfüllfederkönig Winkler, der es versteht, durch alle möglichen und unmöglichen Affären Reklame für sich zu machen, ist von einem Wiener Bezirksgericht wegen acht Pressevergehen zu drei Wochen Arrest verurteilt worden. Als das Urteil verkündet wurde, klatschte Winkler Beifall - was ihm eine Sonderstrafe von 50 Schilling eintrug.

+ + +
265 m getaucht. William Beebe, ein prominentes Mitglied der Meeresforschungsexpedition der New Yorker Zoologischen Gesellschaft hat in Hamilton (Bermuda Inseln) den Tieftauchweltrekord erreicht, indem er sich vom Schiff der Gesellschaft aus in einem Stahlball 265 Meter tief ins Meer herabsenken liess. Vom Grunde des Meeresbodens aus führte der bekannte Forscher ein Telefongespräch mit der Besatzung des Schiffes. Der Stahlball, der dem gelungenen Versuche diente, hatte Quarzfenster; die Luft wurde durch Zufuhr von Oxyden erneuert.



Überhöhte Löhne?

SPD. Die Offensive des Unternehmertums gegen den Lohn ist in vollem Gang. Es kam, wie die Arbeiterpresse voraussagte: Stahlwerk Becker - Mansfeld - Oeynhausener Schiedsspruch. Der Angriff der Arbeitgeber bei den Verhandlungen wird unterstützt durch ein wüstes Trommelfeuer der Unternehmerpresse gegen die Lohnposition der Arbeiter. Und hinter der Presseartillerie bemüht sich die Wissenschaft, dem Unternehmertum moralisch Hilfe zu bringen. Sie versucht, die Lohnabbauforderung theoretisch zu rechtfertigen.

Sogar im "Magazin der Wirtschaft", also in einer sonst als linksstehend bekannten Zeitschrift, melden sich wissenschaftliche Helfer der Unternehmer. So veröffentlicht in der genannten Zeitschrift Albert Hahn, d.h. nicht irgendein Auchnationalökonom, einen Aufsatz, in dem unter der bezeichnenden Überschrift "Lohnüberhöhung und Klasseninteresse" folgende Lohnabbau-theorie zu-rechtmacht wird: Je höher die Löhne sind, umso mehr Betriebe werden unrentabel. Arbeiter werden entlassen. Die Kaufkraft der Wirtschaft verringert sich. Die Nachfrage nach Produkten geht zurück. Die Produktion sinkt, bis schliesslich auch auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter ein so grosser Druck ausgeübt wird, dass das überhöhte Lohnniveau nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Also - dies ist der Appell Hahns an die Gewerkschaften - ihr tut in eurem eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse besser, wenn ihr euch freiwillig mit Lohnsenkungen abfindet.

Man hat von den Arbeitern in den letzten Tagen im Anschluss an den Oeynhausener Schiedsspruch ein hohes Mass von Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge gefordert. Die Arbeiter sind die letzten, die einer hieb- und stichfesten Beweisführung unzugänglich wären. Sie lassen sich ganz gerne belehren, allein bei dieser nicht ganz neuen Theorie vom Klasseninteresse des Arbeiters an - niederen Löhnen können sie nicht mit. Alles, was Hahn über den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Produktion sagt, ist nur dann berechtigt, wenn die Löhne in ein sichtbares Missverhältnis zur Produktivität der Wirtschaft geraten sind. Überhöht kann man die Löhne erst dann nennen, wenn man hierfür den Nachweis geführt hat. Dieser Nachweis ist von Hahn nicht geführt. Wohl aber ist der Gegenbeweis möglich.

Welches Merkmal gibt es, um festzustellen, ob Löhne überhöht sind? Es liegt sicherlich nicht in der absoluten Höhe der Löhne; denn sonst müssten in den Vereinigten Staaten die Löhne dauernd überhöht sein. Ein besserer Masstab ist der Vergleich zwischen Lohnhöhe und Volkseinkommen zu verschiedenen Zeiten. Dieser Vergleich fällt durchaus zu unseren Gunsten aus. Das reale Volkseinkommen ist heute nicht unwesentlich höher als vor dem Krieg, aber die Reallöhne stehen kaum oder nur unbedeutend über der Vorkriegshöhe. Man darf eben nie übersehen, dass die Erhöhung der Löhne in den letzten Jahren in Wirklichkeit nur ihre Wiedererhöhung, ihr Hineinwachsen in die Grössenverhältnisse der Vorkriegszeit zwischen Volkseinkommen und Lohnhöhe bedeutet hat.

Gegen die Höhe der deutschen Löhne kann man auch nicht das niedrige Lohnniveau in manchen Nachbarländern ins Feld führen. Unterschiede im Lohnniveau zwischen Land und Land brauchen für die Länder mit höherem Lohnniveau keineswegs eine Gefahr zu bedeuten. Die Vereinigten Staaten bleiben trotz ihres hohen Lohnniveaus weltwirtschaftlich konkurrenzfähig, und die Entwicklung des deut-

schen Aussenhandels in den letzten Jahren hat den besten Beweis dafür geliefert, dass das deutsche Lohnniveau nicht in dem Sinn überhöht sein kann, dass es die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedrohen würde. Im Gegenteil: trotz steigender Löhne ist die Warenausfuhr aus Deutschland dauernd gewachsen.

Warum sollen also die Löhne in Deutschland überhöht sein. Nur deshalb, weil bestimmte Unternehmungen die Produktion eingestellt haben, weil 2 1/2 Millionen Menschen ohne Arbeit sind, kurz, weil wir uns heute in einer Wirtschaftskrise befinden? Diese Annahme wäre nur dann berechtigt, wenn sich keine anderen Ursachen für die Wirtschaftskrise finden liessen. In Wirklichkeit lässt sich eine ganze Reihe von Krisenursachen feststellen, die mit den Löhnen gar nichts zu tun haben, so z.B. die Erschwerung der Kapitaleinfuhr seit 1 1/2 Jahren, die von den Unternehmern selbst künstlich geschürte Vertrauenskrise und die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland. Man kann unmöglich die Arbeiterschaft zum Prügelknaben für die Krise machen und auf ihre Löhne losschlagen, auf dieselben Löhne, die die wichtigste Stütze der Kaufkraft der Wirtschaft darstellen.

Wir wollen nicht leugnen, dass ein Zusammenhang zwischen den Löhnen und der Gesamtsituation der Wirtschaft, vor allem den Preisen besteht. Der Zusammenhang ist natürlich ein ganz anderer als der, den der Schiedsspruch von Oeynhausén aufzuzeigen versucht. Lohnabbau in irgend einem Wirtschaftszweig zur Voraussetzung eines Preisabbaus ist eine mechanische Massnahme, die den Arbeitern das ganze Opfer der Krise auferlegt und den Unternehmern eine Preissenkung ohne Opfer ermöglicht. Ein Zusammenhang zwischen Preisen und Löhnen besteht insofern, als die Arbeiter in Krisenzeiten nicht erwarten können, wesentliche Erhöhungen ihres Reallohnes durchzusetzen. Das wäre der Fall, wenn eine fühlbare Senkung des Preisniveaus einträte und die Geldlöhne auf der alten Höhe blieben. Heute, wo von einer fühlbaren Senkung des Preisniveaus noch keine Rede ist, kann man unmöglich von überhöhten Löhnen sprechen und den Gewerkschaften vorwerfen, dass ihre Lohnpolitik die Überwindung der Krise verhindere.

SPD. Die Reichsbahn, die der Regierung Brüning die Arbeitsbeschaffung erleichtern soll - sie ist neben der Reichspost die grosse Hoffnung in den amtlichen Plänen der Arbeitsmarktbelebung - betätigt sich im eigenen Hause als sehr eigenartiger Helfer gegen die Not der Arbeitslosigkeit. Sie ist zur Zeit von neuem dabei, Tausende von Eisenbahnarbeitern auf die Strasse zu werfen. Im ganzen sind rund 4000 Werkstattearbeiter vom Abbau bedroht, die angeblich zu viel vorhanden sind. Davon sollen 1900 entlassen werden; den Rest, d.h. 2100 will man unter der Bedingung zunächst noch in den Betrieben belassen, dass die Organisationsvertreter sich mit der Einlegung von Feierschichten für die nächsten Monate einverstanden erklären.

Über die neuen Abbaupläne der Reichsbahn haben am Donnerstag zwischen Reichsbahnhauptverwaltung und den Gewerkschaften sowie dem Hauptbetriebsrat Verhandlungen stattgefunden. Der Abbau wurde von den Vertretern der Gesellschaft mit der finanziellen Lage der Reichsbahn und mit dem Verkehrsrückgang zu begründen versucht. Die Arbeitnehmervertreter erklärten, dass man wenn schon Arbeitseinschränkung notwendig sei, zunächst die Überarbeit einschränken müsse. Es sei einfach unverständlich, Entlassungen durchzuführen in einem Augenblick, wo noch immer in vollem Umfange Überarbeit geleistet werde. Die Verwaltungsvertreter lehnten das ab. Die Verhandlungen, die daraufhin ins Stocken kamen, mussten zunächst bis Sonnabend vertagt werden.

SPD. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht soeben einen Blau-Bericht über die Arbeitszeit der Angestellten. 18 Regierungen - darunter die Deutschlands, Frankreichs und Italiens - haben sich eindeutig für die Aufstellung eines Übereinkommens zur internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten ausgesprochen. Ein Teil der Regierungen ist grundsätzlich für die Regelung, hat jedoch hinsichtlich des Anwendungsbereichs Vorbehalte gemacht. 6 Regierungen wünschen statt eines internationalen Übereinkommens eine weniger weitgehende Empfehlung. 6 Regierungen - darunter die Grossbritanniens und Japans - halten eine sofortige Regelung der Frage nicht für zweckmässig, da sie noch nicht reif sei.

Der Bericht, der im übrigen einen Gesamtüberblick des Arbeitszeitproblems der Angestellten enthält, dient der zur Zeit in Genf tagenden Arbeitskonferenz als Grundlage der zweiten und endgültigen Beratung der Arbeitszeit der Angestellten.

SPD. Der Reichsmanteltarif für die deutsche Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie ist für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der Reichsmanteltarif war Ende März nach längeren Verhandlungen, ohne dass seine Kündigung vorausgegangen war, neu abgeschlossen worden. Es gelang dabei den Gewerkschaften einige Verbesserungen zu erzielen. Die Allgemeinverbindlichkeit war von beiden Seiten beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Eine Anzahl Firmen - auch solche, die mit der Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie kaum in einem Zusammenhang stehen - hatte Einspruch erhoben.

Durch die Entscheidung des Ministeriums sind nun auch die Firmen, die dem Arbeitgeberkontrahent nicht angeschlossen sind, an die Bestimmungen des Reichstarifs gebunden. Die Arbeiterschaft der Aussenseiterfirmen hat damit ein klagbares Recht auf die materiellen Bestimmungen des Tarifs erhalten und kann bei Weigerung der Firmen die Hilfe der Arbeitsgerichte zwecks Einhaltung des Tarifvertrags in Anspruch nehmen.

SPD. Der Genfer Internationalen Arbeitskonferenz ist ein Protest der lettischen Gewerkschaften gegen die Wahl des Vertreters der faschistischen Organisationen, Dinberg, zum Arbeiterdelegierten zugegangen. Die freien Gewerkschaften umfassten mehr als 25 000 Mitglieder und ihr Kandidat Wisner war daher der wirkliche repräsentative Arbeitervertreter Lettlands. Die Organisationen des Herrn Dinberg dagegen seien nach der offiziellen Statistik kaum 6000 Mann stark; viele dieser Organisationen erhöhen keine regelmässigen Beiträge und hätten keine Beziehungen zu der Mitgliedschaft.

SPD. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter führen künftig die Bezeichnung "Arbeitsamtsdirektor", die ständigen Stellvertreter die Bezeichnung "Stellvertretender Arbeitsamtsdirektor", wobei es keinen Unterschied macht, ob es sich um Angestellte oder Beamte handelt.

Dieser Beschluss des Verwaltungsrats, durch den also die dienstliche Führung von Amtsbezeichnungen, wie sie in den Hoheitsverwaltungen des Reichs üblich sind, z.B. Regierungsrat und Oberregierungsrat, für die Vorsitzenden der Arbeitsämter ausgeschlossen wird, entspricht insbesondere auch den von den freien Gewerkschaften vertretenen Wünschen.

Wirtschaft Technik Ganzen

Weltkraftkonferenz Berlin 1930.

(Die Energiequellen gehören dem ganzen Volk.)

SPD. In der Zeit vom 16. bis 25. Juni findet in Berlin die 2. Weltkraftkonferenz statt, an der sich die Vertreter von rund 50 Nationen beteiligen. Die Veranstaltung wird eine Demonstration grosszügiger internationaler Zusammenarbeit sein. Die 1. Vollkonferenz wurde 1924 in London abgehalten. Ihr folgten Teilkonferenzen und zwar 1926 in Basel, 1928 in London und 1929 in Barcelona und Tokio. Auf diesen Tagungen wurden vorwiegend die Energieerzeugung aus Wasserkraften und Brennstoffen behandelt. Die 2. Vollkonferenz in Berlin wird sich mit den vielfältigen Fragen der Energieverteilung und Energieverwendung, also mit den Problemen des Energieabsatzes zu beschäftigen haben. Hier kommt besonders die sogenannte Benutzungsdauer in Frage. Das grosse Ziel in der Elektrizitätswirtschaft ist, die Benutzungsdauer zu steigern.

Der Energieverbrauch ist starken Schwankungen unterlegen; er ist in der Nacht klein, am Tage gross. Die teuren Kraftherzeugungsanlagen sind daher abwechselnd weniger und stärker ausgenutzt. Zählt man die gesamte Jahresarbeit eines Werkes zusammen, so ergibt sich, dass sie etwa so gross ist, als wenn das Werk an 2 000 bis 3 000 Stunden im Jahr durchlaufend mit voller Leistung gearbeitet, die übrige Zeit des Jahres aber stillgelegen hätte. Diese 2 000 bis 3 000 Stunden sind die Benutzungsdauer. Die genannte Ziffer entspricht etwa dem Durchschnitt der deutschen Elektrizitätswerke, d.h. die Werke sind nicht einmal während der Hälfte des Jahres (8 760 Stunden) voll ausgenutzt.

Wie kann diesem Uebelstand abgeholfen werden? Die Mittel dazu sind recht vielfältiger Art. Man denkt zunächst an neue Verwendungsarten der Energie, wie etwa die Elektrowärme in der Küche, das Gas in gewerblichen und industriellen Betrieben, die Elektrizität in der Landwirtschaft für Bodenkultur und Urbarmachung, Bodenheizung, Be- und Entwässerung usw. Wenn man nämlich viele verschiedenartige Verbraucher aus einem gemeinsamen Netz versorgt, so addieren sich die maximalen beanspruchten Leistungen nicht, sondern es tritt ein gewisser Ausgleich ein. Die Belastungskurve verliert ihre sprunghafte Form, sie erfährt eine Verflachung.

Die Steigerung der Benutzungsdauer setzt also eine möglichst grosse Verschiedenartigkeit der Verbraucherschaft voraus. Die findet sich am ersten dann, wenn grössere Gebiete einheitlich von einem Hochvoltnetz versorgt werden. Die Grundlast liefert dann ein Grosskraftwerk mit günstiger Lage zur Energiequelle (Wasserkraftwerk, Wärmekraftwerk auf der Kohle). Diese Entwicklung prägt sich sehr deutlich in der deutschen Elektrizitätswirtschaft aus. Es sind regionale Versorgungsgebiete, "Elektrizitätsprovinzen" entstanden, in denen Grosskraftwerke die Grundlast liefern. Die starke Konzentrationsbewegung ist bemerkenswert. Von den 7 000 Kraftwerken Deutschlands (1928) decken 34 Werke 80% des öffentlichen Strombedarfs.

Die regionale Stromversorgung in der angedeuteten Art stellt der Technik zahlreiche Aufgaben. Die wirtschaftliche Planung von Kraftwerken ist keineswegs eine gelöste Frage. Die Frage der Rauchgasentstaubung wird mit zunehmender Werksgrösse dringlich. Das Zusammenarbeiten mehrerer Kraftwerke auf ein gemeinsames Netz wirft fernmelde- und fernmesstechnische Probleme auf. Möglichkeiten der Fernsteuerung und Automatisierung des Betriebes tauchen auf. Derartige Fragen hat nicht nur die Elektrizitätswirtschaft zu bewältigen, auch die Gasin-

industrie kommt mit ihren grossangelegten Gruppen- und Ferngasversorgungsplänen zu ähnlichen Aufgaben. Zu den technischen aber kommen organisatorische Fragen hinzu, z.B. die Fragen der Werbung, der Tarifbildung usw. Das Problem der kombinierten Energiewirtschaft, insbesondere der Heizkraftwerke, denen neben der Stromversorgung auch die Wärmeversorgung (z.B. (Städteheizung) obliegt, gewinnt an Bedeutung. Daneben wird die Frage zweckmässiger Spitzendeckung dringlich. Das Ferngrosskraftwerk deckt nämlich nur die Grundlast. Die darüber hinausgehenden Belastungsanteile ("Spitzenlast") müssen wegen ihrer geringen Benutzungsdauer von besonders billigen Energiequellen gedeckt und können nicht mit den Kosten des Ferntransports belastet werden. Spitzenwerke (ältere, abgeschriebene Wärmekraftwerke, Wasserspeicherwerke, Dampfspeicherwerke, Dieselkraftwerke, Akkumulatorenbatterien) gehören daher in den Schwerpunkt des Verbrauchs. Die Frage der geeignetsten Spitzenkraftquellen ist ebenfalls noch ungeklärt. Die Meinungen gehen darüber weit auseinander.

Ueber die Grenzen der regionalen Energieversorgung hinaus entstehen Verbindungen der einzelnen Versorgungsbezirke miteinander. Die Netze werden mit den benachbarten gekuppelt. Das Ziel dieser Kupplungen ist eine Verbundwirtschaft zwischen Kraftwerken verschiedenster Art. Der Sinn dieser Massnahme ist die Zusammenarbeit und gegenseitige Ergänzung der Kraftwerke. Weiter ergibt sich ein Lastausgleich zwischen Orts- und Ueberlandkraftwerken, zwischen Wasserkraftanlagen mit saisonmässig verschiedenem Wasserkraftanfall usw. und schliesslich ermöglicht erst die Netzkupplung die Erfüllung des energiewirtschaftlichen Grundgesetzes: jede Erzeugungsanlage bedarf einer umso grösseren zeitlichen Ausnutzung, je teurer ihr Ausbau ist. Demnach geht das Bestreben dahin, die im Ausbau teuersten Werke, die Wasserkraftwerke, zur Deckung der durchlaufenden Grundbelastung heranzuziehen, mit den Wärmekraftwerken die Tagesgrundlast zu decken und die typischen billigen Spitzendeckungsanlagen zur Bewältigung der Spitzenlast zu benutzen. In dieser Verbundwirtschaft liegt der Sinn der Kupplung der Elektrizitätsprovinzen miteinander, liegt die Berechtigung der gewaltigsten Hochvoltstrassen, die Bedeutung der 220 - 380 kV-Leitung vom Niederrhein zu den Alpen, die die rheinischen Wärmekräfte mit den Wasserkräften Vorarlbergs verbindet.

Die Energiewirtschaft wirft, wie unsere kurze Betrachtung gezeigt hat, tausende von Problemen auf. Internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet, wie wir sie in den nächsten Tagen in Berlin erleben werden, kann für die Lösung dieser Probleme wohl Fingerzeige geben; sie kann die auftauchenden Fragen theoretisch klären. Von dort bis zur Verwirklichung in der Praxis ist noch ein weiter Weg und dieser Weg ist umso schwieriger zurückzulegen, je zersplitterter die Elektrizitätswirtschaft insgesamt oder in einem Lande ist. Es ist bekannt, dass gerade die deutsche Elektrizitätswirtschaft unter Zersplitterung leidet. Die rationelle Einsetzung der Energie setzt Vereinheitlichung voraus, und diese Vereinheitlichung ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich. Hier ist für die Energiewirtschaft der Punkt gekommen, wo, wie bereits Karl Marx schon gesagt hat, die Produktionskräfte über Wirtschafts- und Gesellschaftsform hinaus wachsen. Die Technik erweist sich somit als Korrektur veralteter Wirtschafts- und Gesellschaftsform und knüpft die Entwicklung der Energiewirtschaft an den Besitz der Energiequellen, also an die Tatsache, dass sich die Energiequellen im Besitz des ganzen Volkes befinden. Für Deutschland heisst das: Verreichlichung der gesamten Energiewirtschaft! für das Zusammenarbeiten der Völker: ein elektrowirtschaftliches Europa!

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs während des Rechnungsjahres 1929 folgenden Ueberblick:

Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt betragen 10 146,1 Millionen Mark, die Ausgaben 10 545,7 Millionen Mark. Mithin ergibt sich ein Defizit von 399,6 Millionen Mark. Dieses Defizit wird durch unbeglichene Restausgaben am

Schluss des Etatsjahrs um 65,4 Millionen Mark auf 465 Millionen Mark gesteigert. Von diesen 465 Millionen Mark entfallen 154,4 Millionen auf das Rechnungsjahr 1928 und 310,6 Millionen auf das Rechnungsjahr 1929.

Im ausserordentlichen Etat stehen 481 Millionen Mark Einnahmen 348,2 Millionen Mark Ausgaben gegenüber. Der Ueberschuss von 132,8 Millionen Mark wird durch unbeglichene Restausgaben um 47 Millionen Mark verringert. Bei Berücksichtigung des Fehlbetrages aus den Jahren 1926/28 ergibt sich ein Defizit von 818,7 Millionen Mark.

Mithin ergibt sich ein Gesamtdefizit von 1283,7 Millionen Mark.

Die Reichsschuld hat sich von 8416,8 Millionen am 31. Dezember 1929 auf 8452,6 Millionen Mark am 31. März 1930 erhöht. Die schwebende Schuld ist vom 28. Februar 1930 bis zum 31. März 1930 von 1735,9 auf 1938,4 Millionen angewachsen.

SPD. Die Deutsche Rohstahlgemeinschaft hat sich am Donnerstag in Düsseldorf mit der Frage der Eisenpreissenkung beschäftigt. Ueber das Ergebnis dieser mit grossem Lärm angekündigten Verhandlungen wird u.a. folgendes mitgeteilt: "Gemäss der dem Reichsarbeitsminister gegebenen Zusicherung, in Abänderung der Erklärung zum Oeynhausener Schiedsspruch die Verdienste anstatt bis zu 10% bis zu 7½% zu verringern, jedoch die Preise über das Ausmass der tatsächlich ersparten Beträge hinaus zu verringern, haben die Verkaufsverbände der Deutschen Rohstahlgemeinschaft einen Preisabbau beschlossen, der sich auf alle neuen Käufe rückwirkend ab 1. Juni bezieht."

Im einzelnen sind folgende Preissenkungen vorgenommen worden: Formeisen (Frachtbasis Oberhausen) von 138 auf 134, Formeisen (Frachtbasis Neunkirchen) von 132 auf 128, Stabeisen (Frachtbases Oberhausen) von 141 auf 137, Stabeisen (Frachtbasis Neunkirchen) von 135 auf 131 usw. Der Aufpreis für Siemens-Martin-Material wurde um 2 auf 6 Mark gesenkt. Der Preisabschlag beträgt bei den neuesten Sorten 4 Mark. Bei den Halbzeugpreisen hat man es bei einer Senkung von 3,50 Mark bewenden lassen. Bei Walzdraht tritt eine etwas grössere Senkung und zwar von 172 auf 167 Mark ein.

Die Pessimisten haben Recht behalten: Der Preisabschlag gewegt sich in Grenzen des Lohnabbaus. Die Kosten der Eisenpreissenkung werden der Arbeiterschaft in der Eisenindustrie aufgeladen. Die Schwerindustrie bringt keine Opfer. Die Behauptung der Rohstahlgemeinschaft, dass sich die Preise über das Ausmass der tatsächlich (am Lohn. Red.) "ersparten Beträge hinaus verringert haben", ist nichts anderes als Bluff. Wir haben von der Schwerindustrie, die den Vorschlag einer Wirtschaftsbelebung und Preissenkung auf Grund eines unsinnigen Lohnabbaus machte, nichts anderes erwartet. Dem Reichsarbeitsminister fällt nun die besonders pikante Aufgabe zu, nachzuprüfen, ob sich die Preissenkung über den Rahmen der Lohnsenkung hinaus bewegt. Er wird nichts anderes feststellen können, als was wir oben bereits bemerkt haben. Die Rolle, die Stegerwald in dieser Angelegenheit in den nächsten Wochen zu spielen hat, ist nicht besonders angenehm. Kein Mensch wird den christlichen Gewerkschaftsführer darum beneiden.

Wichtiger ist, ob die in Düsseldorf vorgenommene Preissenkung wirtschaftsanregend wirkt. Nach den vorliegenden Zahlen dürfte sich ungefähr folgendes Bild ergeben, wobei wir uns an den ausschlaggebenden Stabeisen halten: Die Verringerung des Stabeisenpreises um 4 Mark pro Tonne entspricht einer Preissenkung von nicht ganz 3%. Dazu ist zu bemerken, dass die amerikanischen Stahlwerke, in Rücksicht auf die Konjunktur, ihre Eisenpreise um 10-13% gesenkt haben, die englischen Eisenpreise um 10-20 und die französischen Eisenpreise teilweise bis über 20% billiger sind als die deutschen. Das Minimum der deutschen Eisenpreissenkung, d.h. eine Eisenpreissenkung, die günstige Rückwirkungen auf die allgemeine Konjunktur haben könnte, hätte ungefähr bei 8 bis 10 Mark pro Tonne zu liegen. Das deutsche Eisenkartell hat sich nur zu 50% dieser Preissenkung entschliessen können. Dies wird von der Arbeiterschaft getragen. Die restlichen

50%, die das Unternehmertum zu tragen hätte, stehen aus. Hier erleidet die Preissenkungsaktion schon einen ganz bedenklichen Knacks. Das ergibt sich noch mehr, wenn man die Rückwirkungen der am Donnerstag beschlossenen Eisenpreissenkung auf die Fertigungsfabrikation in Betracht zieht. Die Eisenpreissenkung von nicht ganz 3% dürfte die Selbstkosten der Weiterverarbeitungswerke um etwa 0,6 bis 0,7% verbilligen. Dass diese Aktion für die Katz' ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Reichskanzler Brüning hat Aussicht, dass seine Preissenkungsaktion ebenso im Sande verlaufen wird wie die Dr. Luther vor einigen Jahren, obwohl die Luthersche Preissenkungsaktion gegenüber dem Delittantismus Brünings und der Schwerindustrie noch als wohlerwogen und durchdacht bezeichnet werden muss.

Der Fehlschlag der Preissenkungsaktion braucht aber nicht auf jeden Fall einzutreten. Die Sktion kann zu Erfolgen führen, wenn das Unternehmertum sich endlich bereiterklärt, auch Opfer zu bringen und das Unternehmertum muss unter dem Druck der öffentlichen Meinung gesetzt werden, damit es sich endlich zu Preisopfern entschliesst. Das Opfer, das man jetzt der Arbeiterschaft zumutet und das die Grenze des Möglichen überschreitet, reicht nicht für eine Anregung der Wirtschaft aus. Das deutsche Volk wartet auf das Opfer der Unternehmer. Da bei ist es noch nicht einmal ein Opfer, das die Unternehmer bringen, wenn sie sich zu einer Preissenkung bis 10 Mark entschliessen. Denn die Selbstkosten haben sich im letzten Jahr bedeutend verringert. Wir erinnern nur daran, dass sich die für die Siemens-Martin-Produktion ausschlaggebende Schrottkosten von 60,59 Mark im Jahre 1929 auf 41 Mark gegenwärtig, also um 32% verringert haben. Die von uns verlangte Preissenkung trüge nur den gesunkenen Selbstkosten (niedrige Schrottkosten, niedrigere Frachten usw.) Rechnung.

In dem oben bereits erwähnten Kommuniqué der Rohstahlgemeinschaft heisst es u.a. auch, "dass auch andere Wirtschaftsgruppen dem Beispiel der Eisenindustrie folgen sollen, um so auch ihrerseits an einer Belebung der Wirtschaft und an einer Milderung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken". Zweifellos muss sich eine Preissenkung in der Schwerindustrie automatisch auf die Fertigungsfabrikation übertragen. Macht die Fertigungsfabrikation es aber ebenso wie die Schwerindustrie, dann ist der Fehlschlag der Preissenkungsaktion vollständig. Vor allem darf die Fertigungsfabrikation nicht an einen Lohnabbau gehen. Sie wird in den nächsten Monaten an sich unter der verringerten Kaufkraft leiden. Baut sie die Kaufkraft weiter ab, so wird sie ihren Markt völlig totschiagen.

SPD. Die Brandenburger Allgemeine Versicherungs A.G., die sich schon seit längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befindet, muss jetzt, einem Spruch des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung folgend, den Konkurs anmelden. Schon vorher hat die Verwaltung der Brandenburger versucht, ihre Versicherungsgeschäfte bei der Colonia (Kölnische Feuer- und Kölnische Unfallversicherung A.G. in Köln) unterzubringen. Das ist nur zum Teil gelungen. Das Versicherungsamt stellt nun der Brandenburger eine Frist von 14 Tagen, in der sie sich bemühen soll, ihre gesamten Versicherungsgeschäfte auf eine andere Gesellschaft zu übertragen.

Der Konkurs der Brandenburger ist in Jahresfrist die dritte grössere Pleite im Versicherungsgewerbe. Dieser Konkurs wird die deutsche Versicherungsgesellschaft weiter in Misskredit bringen, Monatelang wurde auch nach einer Reform der Privatversicherung gerufen, ohne dass die Regierung eine Hand rührte. Diese unverständliche Zurückhaltung hat wirklich nicht dazu beigetragen, das Vertrauen zur deutschen Privatversicherung zu stärken.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 12. Juni: I. 124 Mark, II. 114 Mark, III. 98 Mark je Zentner. Tendenz freundlich

Weiter verflaut.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hat sich am Donnerstag die Stimmung weiter verflaut. Infolge mangelnder Unternehmungslust war die Geschäftstätigkeit bei rückläufigen Preisen sehr gering. Am Markte der Zeitgeschäfte verlor Herbstroggen 1 Mark, Juliroggen und Weizen für alle Monate sogar 2 bis 3 Mark. Im Locogeschäft hatte sich wenig geändert. Prompter Weizen war nur noch hin und wieder angeboten. Weizen aus neuer Ernte stand reichlich zur Verfügung und musste bei unzulänglicher Kauflust um 2 - 3 Mark nachgeben. An promptem Roggen blieb das Angebot unverändert stark. Neuer Roggen konnte seinen Preis gleichfalls nicht behaupten. Am Mehlmarkt blieb die Tendenz lustlos. Dagegen waren die Haferpreise bei knappem Angebot behauptet.

	<u>11. Juni</u>	<u>12. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	167 - 182	167 - 182
Hafer	146 - 160	145 - 159
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	34,25 - 42,50	34,25 - 42,50
Roggenmehl	21,00 - 24,50	20,90 - 24,25
Weizenkleie	7,75 - 8,25	7,75 - 8,25
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 307 - 306 (Vortag 309), September 264-263 (267), Oktober 263¹/₂ plus Brief (267). Roggen Juli 168 (170 ³/₄), September 171³/₄-171¹/₄ (172¹/₂), Oktober 173¹/₂-174 (174¹/₂). Hafer Juli 149¹/₂ (151¹/₂), September 153 Brief (155).

Amtliche Eiernotierungen.

(12. Juni)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 11, Klasse A, 60 Gr.
9³/₄, Kl. B. 53 gr 8¹/₂, Kl. C. 48 gr 7¹/₄, frische Eier, Kl. A 9¹/₄, Kl. B 8-8¹/₄,
aussortierte kleine und Schmutzeier 6. Auslandseier: Dänen 18er 10³/₄, 17er 10¹/₄,
15¹/₂-16er 9, Estländer 17er 9³/₄, 15¹/₂-16er 9, leichtere 8¹/₂, Holländer 68 gr 10³/₄,
60-62 gr 9-9³/₄, 57-58 gr 8¹/₄, Belgier 60-62 gr 9³/₄-9¹/₄, Bulgaren 8¹/₄, Rumänen 7-7¹/₄,
Ungarn 7¹/₄-7³/₄, Russen grosse 7¹/₂, normale 6³/₄-7, Polen normale 6¹/₂-6³/₄, abweichende
6¹/₂-6³/₄, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 5¹/₂-6. Witterung: heiss, Tendenz: flau.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(12. Juni)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei
ab märkischen Stationen: Weisse 1,30 bis 1,50, Rote 1,40 bis 1,70, gelbflei-
schige Kartoffeln ausser Nierenkartoffeln 2,40 bis 2,70 Mark.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 43

Berlin, den 12. Juni 1930

Das Frauenstudium in Deutschland.^x

SPD. Der in diesem Frühjahr erfolgte Tod Helene Langes, dieser eifrigsten und erfolgreichsten Vorkämpferin für das Frauenstudium in Deutschland, lenkt den Blick zurück auf die Anfänge des Frauenstudiums, auf die Erschließung der deutschen Universitäten für die Frauen. Die Erschließung der Universitäten für das weibliche Geschlecht begann 1900 in Baden. Ihm folgten Bayern 1903, Württemberg 1904, Sachsen 1906, Thüringen 1907 und Hessen, noch vor Preussen, 1908. Im Sommersemester 1908 waren in Deutschland 375 Frauen voll immatrikuliert; im Wintersemester 1908/9, nach Oeffnung der preussischen Universitäten, hat sich die Zahl auf 1132 verdreifacht. Im Wintersemester 1926/27 hatten wir in Deutschland bereits rund 7 500 Studentinnen (gegenüber rund 80 500 Studenten) an Universitäten.

Ueber die Vorbildung der Studentinnen heute und damals macht die "Deutsche Hochschulstatistik" interessante Angaben. Während im Wintersemester 1911/12 20 % aller weiblichen Studenten (gegenüber 69 % aller männlichen) mit gymnasialer Vorbildung an die Universität gingen, war dies im Wintersemester 1928/1929 nur noch bei 7 % der Fall (gegenüber 45 % der männlichen Studenten). Mit realgymnasialer Vorbildung gingen 1911/12 75 % aller weiblicher Studenten (gegenüber 14 % aller männlichen) an die Hochschule, während es heute nur noch 33 % (gegenüber 27 % der männlichen) sind. Bei den Schülern kommt die Abkehr vom humanistischen Gymnasium stark dem Realgymnasium zugute; bei den Schülerinnen bzw. ihren Eltern dagegen erfreuen sich die oberreale Studienanstalt und das ihr verwandte Oberlyzeum zunehmender Beliebtheit, weil sich diese Schularten unmittelbar auf das Lyzeum aufbauen und die Eltern sich erst nach dem zehnten Schuljahr zu entscheiden brauchen, ob die Tochter das Abitur erstreben oder den Schulbesuch beendigen soll.

Unter den noch nicht tausend Studentinnen an preussischen Universitäten im Wintersemester 1911/12 waren etwa 200 Ausländerinnen, ungerechnet die grosse Zahl der russischen Gasthörerinnen. Heute beträgt die Zahl der Ausländerinnen an deutschen Universitäten nur etwa 5 %; davon ist etwa ein Drittel noch deutschsprachig. Der Anteil der Katholikinnen betrug 1911/12 nur ein Fünftel der weiblichen Studenten. Heute jedoch sind die Vorurteile in jenen Kreisen so völlig überwunden, dass die Katholikinnen mit einem Drittel der weiblichen Studierenden in Preussen dem Anteil der katholischen Bevölkerung entsprechend vertreten sind. Gegenüber den männlichen Studierenden, die zu einem Drittel an Technische und Handelshochschulen studieren, konzentriert sich das Frauenstudium sehr stark auf die Universität selbst. An anderen wissenschaftlichen Instituten studierten 1926/27 nur etwa 700 Mädchen.

Auf die Frage nach der Herkunft der weiblichen Studierenden ergibt sich für den gesamten überschauten Zeitraum von 23 Jahren, dass bei den Studenten ein Fünftel, dagegen bei den Studentinnen ein Drittel der Väter Akademiker mit abgeschlossener Hochschulbildung waren bzw. sind. Rund 3 400 der weiblichen Studenten, also fast die Hälfte, waren Beamtentöchter, 2 600 stammten aus der Schicht der Handel- und Gewerbetreibenden, rund 1 000 aus den Kreisen der freien Berufe, rund 200 aus der Landwirtschaft, und nur 25 waren Arbeitertöchter, die wohl sämtlich mit Hilfe der Aufbauschulen die Reife für das Universitätsstudium erworben haben dürften. In allen Schichten, vom Akademiker herab bis zum Arbeiter, haben begabte Knaben immer noch den Vorzug betreffs einer guten

Berufsausbildung vor den Mädchen. Es ist bezeichnend, dass die Beamten, denen es materiell oft nicht leicht wird, am häufigsten ihre Töchter zur Universität entsenden. Diese Schichten haben ihren Kindern im allgemeinen kein Vermögen zu vererben, sind jedoch in der Lage, die Kosten für eine wissenschaftliche Berufsvorbereitung zu tragen, und wissen den Wert einer gesicherten Lebensstellung und einer soliden Bildung zu schätzen.

In der Bevorzugung bestimmter Fächer durch die Frauen hat sich seit der Erschliessung des Frauenstudiums nichts geändert. Die Oberlehrerin, heute Studienrätin, und die Ärztin sind als anerkannte Frauenberufe mit Tradition am wenigsten umstritten und bieten die besten Sicherheiten. Ausserdem hat nur noch die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät mit rund 1 250 Studentinnen eine ins Gewicht fallende Zahl studierender Frauen aufzuweisen, denn die Lage der Juristinnen ist durch die Verfassung, nach der Mann und Frau grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten haben, und durch das Reichsgesetz von 1922, nach dem Frauen mit entsprechender Vorbildung zu allen Aemtern der Rechtspflege zugelassen werden sollen, entscheidend geändert. Auch die Rechtsanwältin hat sich im Laufe der Jahre einigermaßen durchgesetzt. In anderen akademischen Berufen, wie z.B. als Apothekerin, Chemikerin, Nationalökonomin, hat die Frau noch schwer zu kämpfen. Bei schlechtester Bezahlung und unter zum Teil ganz unwürdigen Bedingungen, durchaus nicht ihrer langjährigen und kostspieligen Vorbildung entsprechend, müssen diese Frauen oft hochwertige, oft freilich auch eine Arbeit leisten, die nicht ihrem Niveau angemessen ist, und die auch ohne Hochschulstudium getan werden kann. Natürlich gibt es daneben auch wieder glänzend bezahlte Posten, wenn Glück, Begabung und Energie sich glücklich verbinden. Wenig zahlreich sind vorläufig noch die weiblichen Architekten und Ingenieure, obgleich wir in Deutschland rationell arbeitende, praktisch veranlagte Frauen für Hausbau und Hauswirtschaft dringend gebrauchen; Ansätze sind aber auch hier vorhanden.

Es ist ein langwieriger Prozess, der sich mit der Oeffnung der deutschen Universitäten für das Frauenstudium angebahnt hat, ein Prozess, bei dem wir sowohl nach der Seite der Geschlechter- wie noch mehr nach der Seite der Klassenemanzipation erst im Anfang stehen.

H.S.

Die schaffende Frau auf Reisen,^x

SPD. Ein grosses Berliner Warenhaus hat für eine Ausstellung "Reise und Bad" mit einer Sonderschau "Die schaffende Frau auf Reisen" die glänzende Idee gehabt, die Auswahl der Ausstellungsgegenstände nicht selbst zu treffen, sondern arbeitende Frauen verschiedener Berufszweige zur Beratung heranzuziehen. Durch die Mitarbeit der Frauen als Konsumenten ist eine lehrreiche Schau zustande gekommen, in der gezeigt wird, wo man seinen Urlaub billig und bequem bringt, ohne unnötigen Ballast mit sich herumschleppen. Besonders gelungen sind die Ausstellungen des Zentralverbandes der Angestellten, die Gertrud Ellert geschaffen hat. Eine zwanzigjährige Verkäuferin fährt in den Teutoburger Wald und zahlt dort im "Bunten Haus", dem Erholungsheim des Verbandes, 4 Mark pro Tag. Ihre Reiseausrüstung ist genau in dem Rahmen gehalten, der ihrem Einkommen entspricht. Ein zweites Bild zeigt ein kinderloses Angestellten Ehepaar, das für ein Motorrad gespart hatte und so eine Fahrt an die Ostsee ermöglichen konnte, wo man im "Ahlbecker Hof", dem anderen Heim des Verbandes, Station macht.

Sehr eindrucksvoll sind die von einer erfahrenen Hausfrau dargestellten Familiensorgen bei der Verfrachtung des Reisegepäcks einer vierköpfigen Familie. Trotz des unübersehbaren Chaos zwischen ausgeräumten Schränken wird durch

kluge Einteilung erreicht, dass die Familie mit einem Handkoffer, drei Rucksäcken, einer Plaidrolle und einem vorausgeschickten Postpaket auskommt, wenn die beiden Kleinen ihr unentbehrlichstes Spielzeug selbst tragen. Für die selbständige wandernde Jugend sorgt der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen mit 2180 Herbergen; die bis zum Jahre 1929 schon 4 Millionen Uebernachtungen aufzuweisen hatten. Ein bürgerlicher Angestelltenverband bietet in seinem Heim einem Erholungsaufenthalt, verbunden mit englischem Unterricht, berechnet dafür jedoch 160 Mark in 14 Tagen. Der Verein für Radfahrwege zeigt in Bild und Schrift die Gegenden, die für Radfahrer besonders geeignet sind; die Autohilfe und der Deutsche Touring Club betreuen ausser den Autobesitzern auch die Motorradfahrer.

Neben diesen Bildern ungetrübter Urlaubsfreude wird auch gezeigt, in welcher Masse von den Erholungs- und Heilmöglichkeiten Gebrauch gemacht wird, die durch die Krankenversicherung gegeben sind. Ferner sind interessanter Statistiken über die Arbeit des Zentralverbandes der Angestellten zu sehen, die erst dazu geführt hat, die Festlegung von Urlaubsbedingungen in den Tarifverträgen durchzusetzen. Ohne den gewerkschaftlichen Zusammenschluss wäre der Urlaub der Angestellten niemals zu einem so allgemein anerkannten Anspruch geworden.

Hilda Walter.

Sorge für arme Kinder.^x

SPD. Die Zahl der mittel- und hilflosen Kinder und ihrer Mütter ist ungeheuer gross. Es ist nicht nur die grosse Zahl der unehelichen Mütter, die für sich selbst und für ihr Kind keinen Rat wissen, sondern auch sehr viele un- mittelte Familien stehen machtlos den Anforderungen gegenüber, die das Grossziehen der Kinder an sie, die sich oft selbst kaum erhalten können, stellt. Elend, Krankheit und oft ein früher Tod sind die selbstverständlichen Folgen. Unsere staatlichen Behörden haben die Lieblingsmarotte, gegen alle möglichen Misstände Moral zu predigen, anstatt etwas zu ihrer Beseitigung zu tun. Das trifft in kaum glaublicher Masse für die Aufzucht des unehelichen oder des armen ehelichen Kindes zu, ebenso wie auf die Sorge für seine hilflose Mutter.

Die Errichtung eines Hauses für Wohlfahrts- und Krankenpflege des Kindes und zur Beratung der Mutter musste in Berlin von privater Seite und mit privatem Kapital durchgesetzt werden. Es war Dr. Hugo Neumann, der kurz vor der Jahrhundertwende das "Neumannsche Kinderhaus" im Osten Berlins begründete. Heute erhält das Kinderhaus private und behördliche Zuwendungen, nachdem es anfangs allein aus den Mitteln seines Gründers existieren musste. In einer so riesigen Grosstadt wie Berlin kann selbstverständlich ein solches Haus nur einem minimalen Bruchteil der Bedürftigen seine Hilfe zukommen lassen. Aber da es seinem Aufbau etwas noch heute Einzigartiges darstellt, ist es für alle deutschen (und nicht nur deutschen) Wohlfahrtsstellen und Stadtverwaltungen ein instruktives Musterbeispiel, wie man versuchen kann, wirklich umfassende Hilfe für Mutter und Kind zu leisten.

Das Neumannsche Kinderhaus gliedert sich einmal in das Heim, das hilfsbedürftige Wöchnerinnen mit ihrem Kinde (für diese selbst kostenlos) nach der Entlassung aus der Entbindungsanstalt aufnimmt, verpflegt, beschäftigt und in der Säuglingspflege unterrichtet. Ausserdem befinden sich in dem Kinderhaus eine jedermann zugängliche Beratungsstelle, ein Wohlfahrtsbüro und eine Kinderpoliklinik. Die Aerzte der Poliklinik überwachen gleichzeitig auch die Gesundheit der im Heim untergebrachten Wöchnerinnen und ihrer Säuglinge. Im übrigen behandelt die Poliklinik Kinder jeden Alters bis zur Schulentlassung. Ihr angegliedert ist ein Kinderkrankenhaus zur Aufnahme von Kindern, für die eine

längere ärztliche Beobachtung notwendig erscheint. Für die übrigen in der Klinik behandelten Kinder, die bei ihren Eltern wohnen, sorgt das Wohlfahrtsbüro, indem es zu beschaffen sucht, was der Arzt für das Kind empfiehlt. Das Wohlfahrtsbüro sorgt nötigenfalls für Speisung, Kleidung, Erholungs- und Kuraufenthalt. Kranken- und Wohlfahrtspflege arbeiten in dieser Weise zusammen, sodass nichts Unmögliches verordnet wird, keine Verständnislosigkeit Platz greifen kann. Eine Säuglingsschule, die junge Mädchen in der Säuglingspflege ausbildet und andere die Grundlagen der Wohlfahrtspflege lehrt, ist dem Neumannschen Kinderhaus gleichfalls angegliedert. Ebenso wie die im Heim befindlichen Wöchnerinnen belehrt werden, berät die Mütter- und Eheberatungsstelle die um Rat fragende Mutter in jeder Notlage, im Pflegen, Nähen und Flickern und auch in der Herstellung von Kinderspielzeug. Für die Säuglinge der Wöchnerinnen im Heim wird ausserdem, wenn die Mütter wieder zur Arbeit gehen, eine Pflegestelle zu beschaffen gesucht. Die Pflegerin untersteht einer ständigen Kontrolle.

Das Neumannsche Kinderhaus arbeitet unter denkbar erschwerten Verhältnissen auch in räumlicher Hinsicht, da die zur Verfügung stehenden Räume naturgemäss erstens an Zahl zu gering und zweitens durchgängig zu klein sind. Wenn trotzdem eine für die Grösse des Hauses relativ sehr hohe Zahl von Müttern und Kindern beraten oder behandelt wird, so ist das nur durch sorgfältigste Ausnutzung alles Vorhandenen (in jeder Hinsicht) möglich. Diese Ausnutzung ist vor allem das Verdienst der durch jahrzehntelange praktische Tätigkeit geübten Leiterinnen. Sie gelingt auch nur durch die unermüdliche Hilfe des Bruders des Gründers.

So selbstverständlich und zweckmässig die Einrichtungen des Heimes erscheinen mögen, so nötig ist es doch, auf den Mangel von Kinderhäusern dieser Art hinzuweisen. Es wird viel Geld für unnötige Dinge ausgegeben; ein geringer Teil davon würde genügen, um sehr viel mehr Not zu lindern. Aber nicht allein die positive praktische Hilfe versagt, sondern man versucht auch oben drein noch minderbemittelten Kreisen die Geburtenregelung unmöglich zu machen. Erst hier zeigt sich das eigentliche Problem. Die Wohlfahrtspflege ist nur die notwendige Krücke des Lahmen. Die Heilung, die im Idealfalle zum Fortwerfen der Krücken führt, ist das oberste Ziel. Solange dieses Ziel so völlig unerreichbar erscheint wie gegenwärtig, gilt es, wenigstens den Satz zu propagieren: dass die modernste Prothese ein unvergleichlich besserer Ersatz für ein fehlendes Bein ist als eine veraltete Krücke. Auch in der Wohlfahrtspflege wäre es allmählich an der Zeit, diesen Schritt zur Moderne endlich zu tun.

Meta Helen Jacobs.

Vorsicht! Strahlenpilz!^x

SPD. Immer wieder begegnet man der gedankenlosen und gefährlichen Gewohnheit, Grashalme, Stroh oder Holzsplitterchen in den Mund zu nehmen und darauf herumzukauen. Auch Getreideähren werden vielfach geknabbert, ohne dass die Menschen die geringste Ahnung haben, was sie damit anrichten können. In allen diesen Halmen usw. sitzt nämlich oft ein mikroskopisch kleiner Krankheitserreger, der Strahlenpilz, der die bei den Aerzten sehr gefürchtete Strahlenpilzerkrankung, die Aktinomykose, hervorruft. Sogar durch Speisen, wie Gemüse, und da natürlich besonders bei Rohkost, kann der Pilz in den menschlichen Körper gelangen und hier seine Zerstörungsarbeit beginnen. Durch winzige Wunden in der Mundschleimhaut oder durch hohle Zähne wandert der Feind in das darunter liegende Gewebe ein, wuchert dort und führt durch Zerstörung der Körpersubstanz zur Bildung hartnäckiger Eiterherde, von denen oft Teilchen durch die Blutbahn an entfernte Stellen des Organismus verschleppt werden und dort weiter wuchern. Zellgewebsentzündungen von grosser Schmerzhaft-

tigkeit, Eiterherde, starke Drüsenschwellungen der gesamten Umgebung und brandiger Zerfall ganzer Gewebspartien sind die Folge. Heilung ist möglich, aber nicht sicher, und stets setzt sie eine - bisweilen mehrfach wiederholte - chirurgische Behandlung voraus; der Herd muss mit dem Messer geöffnet und mit dem scharfen Löffel ausgekratzt werden - eine Operation, die man selbst bei Neigung zu Uebertreibungen nicht gerade als Vergnügen bezeichnen kann. Hat der Kranke das Glück, dass solch ein Aktinomyces-Herd nach aussen durchbricht und einen Abfluss findet, dann ist damit durchaus noch keine Heilung eingeleitet, denn die Geschwüre, die sich da bilden, zeigen eine höchst unangenehme Hartnäckigkeit.

Zuerst setzt die Erkrankung meist am Kiefer ein; bei allen chronischen Halsdrüseneiterungen muss man an Strahlenpilz denken. Die Schwellung ist brett- hart mit weichen Stellen darin. Auch den Hals findet man nicht selten als ersten Sitz des Leidens. Der Hals und der Kiefer sind immerhin Stellen, die dem Messer des Chirurgen verhältnismässig leicht zugänglich sind. Aber trotz der Operation, die mit der Ausbrennung des Herdes endigt, ist noch keine Heilung garantiert, denn die Pilze haben die schlimme Fähigkeit, lange keimfähig zu bleiben. Auch in die weibliche Brust können, wengleich selten, solche Infektionen verschleppt werden, und nicht minder vermag die Wirbelsäule zu erkranken, was immer mit einem ausserordentlich langwierigen und schmerzhaften Leiden verbunden ist. Weiterhin hat man in den Beckenknochen Tochterherde gefunden, ebenso im Darm, z.B. in der Gegend des Blinddarms, ferner in der Zunge, in den Luftröhren, der Lunge selbst, im Rippenfell, in der Speiseröhre, in der Leber, im Gehirn - kurz, kein Organ ist davor sicher, von der Krankheit ergriffen zu werden, wenn der Parasit erst einmal Eingang in den Körper gefunden hat.

Die überaus grosse Gefährlichkeit des Erregers, die Schmerzhaftigkeit, Schwierigkeit und lange Dauer der auch bei radikalsten Methoden häufig zweifelhaften Behandlung sollten jeden veranlassen, die Möglichkeit zur Infektion zu vermeiden. Vor allem ist auf Kinder zu achten! Man kann die schönsten Ausflüge machen, ohne dass es unabwendbar nötig ist, immer auf etwas herumzukauen. Ist die Krankheit aber erst einmal da, dann soll man keine Zeit mit Quacksalbereien vertrödeln und keine unnötige Angst vor dem Eingriff haben, sondern dem Uebel sofort energisch durch den Chirurgen zu Leibe gehen lassen. Jede Verzögerung steigert die Gefahr einer Weiterverschleppung; je früher eingegriffen wird, desto grösser sind die Aussichten auf dauernde Wiederherstellung. Aber immer soll man sich zu Gemüte führen, dass Vorbeugungen leichter sind als Heilung, und dass ein bisschen Vorsicht mehr verhütet, als später der tüchtigste Professor wieder gut machen kann.

Curt Biging.

Märchen für Kinder.^x

SPD. Sonntagnachmittag im Bergstädtchen. In der grossen Wohnstube und in der "guten Stube" meiner Wirtsleute lärmt Kaffeebesuch. Die Kinder, zwei Mädchen von drei und sechs Jahren, waren, als man drinnen anscheinend zum "Thema" gekommen war, hinausgeschickt worden und drückten sich im Hause herum. Sie stöberten mich auf, hingen sich an mich. "Ach Fräulein, erzählen sie uns doch etwas!" Nun, ich hatte seit zwei Stunden gelesen, war froh über die Unterbrechung und wollte versuchen, den Wünschen meiner kleinen Besucherinnen gerecht zu werden.

Ich erzähle: vom Sterntaler; vom gestiefelten Kater, den man bei uns zu Lande den Katzenrollo heisst. Man ist ganz bei der Sache und erkundigt sich ernsthaft nach Einzelheiten: was sich dann das kleine Mädchen für die vielen Sterntaler gekauft hat, und: "Hat es nachher, als der Menschenfresser tot war,

bei dem Hochzeitsessen auch Eis gegeben?"

Ich denke, ein Tröpflein leichtverdaulicher Moral schadet nichts, und weil ich's erst kürzlich wieder gelesen habe, erzähle ich die Legende vom Marienkinde, das ein Mensch werden musste, weil es im Himmel die Muttergottes angelegen hatte. Ein Königssohn machte es zu seiner Frau. "Und das Marienkind, das eine Königin geworden war, bekam ein Kind. Und wie sie so in ihrem grossen goldenen Bette lag und sich so recht über das kleine Kind freute - - -"....da stand die Mutter der beiden Kleinen hinter mit, und ehe ich mir einen Vers auf die Situation machen konnte, packte sie die Kinder an den Armen und riss sie von mir weg. Dann zischte sie mir empört und wutschnaubend ins Gesicht: Da kann man sehen, was geschieht, wenn man die Kinder zu Ihnen lässt. Was brauchen Sie den unschuldigen Kindern solche Schweinereien zu erzählen!"

Und entrauschte, um einen ergichigen Gesprächsstoff bereichert, ins Kaffeezimmer.

Luise Baumann.

Der gelante "Gottesstreiter".^x

SPD. Pfingsten 1632 weilte der Schwedenkönig Gustav Adolf in Augsburg, während sein Heer südlich der Donau den Kaiserlichen gegenüberstand. Nach einer alten Augsburger Chronik liess er sich vormittags und nachmittags predigen; abends jedoch äusserte er bei der Tafel plötzlich den Wunsch, ungeachtet der ernstesten Kriegszeit zu - tanzen. Natürlich war "des Königs Wunsch Befehl", und es wurden sogleich alle Vorbereitungen zu einem Balle getroffen. Die "Geschlechtertöchter und =frauen", d.h. die Töchter und Frauen der Augsburger Patrizierfamilien, schätzten es sich natürlich zur Ehre ein, das Fest durch ihre Anwesenheit zu verschönen, und erschienen fast vollzählig. Gustav Adolf "erlustigte" sich mit den andern fürstlichen Personen etliche Stunden mit englischen und deutschen Tänzen.

Im Verlauf des Abends kam, wie die Chronik berichtet, Gustav Adolf in eine animierte Stimmung: "Besonders gefiel ihm eine junge, reizende, muntere Dame, welche die Natur mit einem schönen Busen reichlich ausgestattet hatte. Sie verhüllte ihn halb sichtbar mit einem schönen Koller von Brabanter Spitzen. Der König sprach und scherzte mit ihr; die Menschlichkeit überwog ihn, er griff mit frevelnder Hand oben in den Koller nach diesem schönen Busen; die Dame sträubte sich, und der schöne Spitzenkoller zerriss. - Dieses Corpus delicti befindet sich dermal noch bei den Nachkommen dieser reizenden Dame ihrer Zeit; zerrissen wie es von königlicher Hand wurde, wird es in der Familie als ein Andenken aufbewahrt."

Es zeugt gewiss für den gutbürgerlichen Geschmack einer "moralischen" Familie, dass dies Ueberbleibsel einer plumpen Zudringlichkeit von "königlicher Hand" im Familienarchiv aufbewahrt wird.

SPD. Die Zahnplombe.^x "Warsch du beim Zahnarzt?"

"Jja, da bin ich kewäsen".

"Was hasdu denn da kemachd?"

"Ich hawwe mir'n rüchdn Paggzahn plombieren lassen".

oder "Ach, der mid dän krossen Loche? Mid was had er'n denn kefilld? Mid Golt mid Ammalkam?"

"Das wocss ich ooch nich. Es hat sich so gitzelich angefielt."
